

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Türkei/Kurdistan

Proteste gegen Staatsterror ARGK warnt:
Touristen könnten
zwischen die Fronten geraten

S. 3/4

Vergessener Kontinent Afrika?

S. 10

Landminen

S. 14

Abschiebestop

S. 16

Chemietarife

S. 20

Europaparteitag der PDS:

Die PDS kandidiert
als Antikriegspartei
S. 22



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn	2
Türkei/Kurdistan: Proteste gegen Staatsterror	3
Initiative: Freiheit für Öcalan	3
Lafontaines Rücktritt	5
Zemann in Bonn: alles gesagt oder alles offen?	6
EU-Osterweiterung	7
Wehrmachtsausstellung weiter zeigen!	7

Auslandsberichterstattung

Kosovo: Friedensgespräche, die zum Krieg führen	8
Dichterbeschimpfung als Kriegsvorbereitung	8
Ekuador: Finanzchaos führt zum Generalstreik	9
Vergessener Kontinent?	10
Meldungen	11

Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand	12
Essen: Vorschläge antirassistischer Initiativen zur Lokalen Agenda ..	13
45312 Unterschriften gegen neue Landminen	14
Bremen: Warum die NPD am 1. Mai marschieren will	14
Gelöbnis in Dinkelsbühl	15
Erwerbsloseninitiativen beim Arbeitsminister	15
Berliner Flüchtlingsrat fordert von Schily Abschiebestopp	16
O-Ton	16
Kommunale Politik	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war?	18
IG Metall Ausländerausschuß zu Kurdistan	19
Auch in der Chemie geht es „nur um Geld“	20
Metall: Trotz Tarifabschluß bleibt gespannte Lage	21
ÖTV: Tarifabschluß abgelehnt	21
IG Metall: Unternehmen geht wieder in Arbeitsgeberverband ..	21

Diskussion und Dokumentation

Europawahlparteitag der PDS ..	22
Perspektiven internationaler Solidarität	23
Symposium: Verfolgung – Traumatisierung – Entschädigung	25

Letzte Seiten

Neue Handbücher gegen die Zustände	27
--	----

Termine	28
---------------	----

IN BONN LEBENSMITTELRE-

AKTUELL SERVE FÜR KRIEG? Aus Anlaß der Beratung des Agrarhaushaltes 1999 enthüllte die PDS-Abgeordnete Kersten Naumann, daß der Etatentwurf Lafontaines Mehrausgaben für eine höhere Lebensmittelreserve für eine Kriegssituation vorsieht: „An allen Ecken und Enden muß in diesem Lande gespart werden, auch im Agrarhaushalt. Allerdings gibt es eine Position, bei der der Planansatz gegenüber dem IST 1997 um 90 Prozent erhöht wurde. Der Empfehlung des Landwirtschaftsausschusses der NATO folgend wurden über 10 Mill. DM mehr für die ‘Erstattung der Kosten für die zivile Notfallreserve’ eingestellt ... In der Planbegründung lesen wir: ‘Eine unmittelbare militärische Bedrohung bestehe zwar nicht mehr, Sicherheitsrisiken dagegen sind zahlreicher geworden. Das Geschehen in Südostasien ... sowie im Kosovo zeigt, daß die Welt von paradiesischen Zuständen noch weit entfernt ist. Hinweis: Erhöhung des Verteidigungsetats der USA.’“ Bedauernd werde von Rot-grün festgestellt, daß ‘die Bundesregierung aus Haushaltsgründen (den Empfehlungen der NATO) nur sehr eingeschränkt nachkommen’ konnte.“ Kersten Naumann: „Als PDS-Politikerin habe ich mich dafür entschieden, diesem Haushalt vorhaben ein deutliches ‘Halt’ entgegenzusetzen. Wir brauchen keine Kriegsvorbereitung durch eine höhere zivile Notfallreserve, wir brauchen eine andere Politik. Die 10 Mill. DM sind zu streichen. ... Ich apellierte an alle Abgeordneten, dem Antrag der PDS zuzustimmen und sich energisch für eine Friedens- und Abrüstungspolitik einzusetzen.“ (3.3.99)

ÖKOSTEUER, 630 DM-JOBS: Auf Druck der PDS wird die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern bei den Beratungen im Bundesrat den Gesetzen der Bundesregierung zur Ökosteuer und zu den 630 DM-Jobs nicht zustimmen. Das wurde am 9. März bekannt. Die PDS-Bundestagsabgeordnete Heidi Knake-Werner hatte die Ablehnung der 630-DM-Job-Regelung kurz vorher noch einmal erläutert: „Die Einbeziehung der geringfügig Beschäftigten in das soziale Sicherungssystem ist seit Jahren überfällig. Der Koalitionsentwurf zur geringfügigen Beschäftigung leistet jedoch dazu keinen Beitrag. Mit ihm schaffen SPD und BündnisGrüne ein Rentenrecht zweiter Klasse, die Mini-Jobs werden nicht in die Arbeitslosenversicherung einbezogen und die traditionelle Zweitverdienerrolle der Frauen wird zementiert. Die explosionsartige Zunahme von 630,- DM-Jobs und die Zersplitterung von Normalarbeitsverhältnissen in Mini-Jobs werden mit der vorgesehenen Neuregelung ebenfalls nicht gestoppt ... Die PDS fordert die vollständige Einbeziehung geringfügig Beschäftigter in die Renten- und die Arbeitslosenversicherung, wobei beide Beitragsanteile bis zur Geringfügigkeitsgrenze allein von den

Arbeitgebern bezahlt werden sollten.“

STEUER/ENERGIEKONZERNE: Die kurz vor Lafontaines Rücktritt begonnenen Verhandlungen der Bundesregierung mit den Energiekonzernen über deren genaue Steuerbelastung stießen auch bei Steuerrechtler und Wirtschaftsverbänden auf herbe Kritik. BDI und DIHT sprachen von einem „einmaligen Vorgang, daß ein Wirtschaftszweig und die Bundesregierung über die steuerliche Höchstbelastung verhandeln.“ Steuerrechtler verwiesen darauf, daß das Steuerrecht zwar die Möglichkeit vorsehe, „die Steuerlast über einen Billigkeitserlaß zu mindern. Doch dürfe die Finanzverwaltung wegen des Gleichheitsgebots nicht willkürlich auf den Einzug von Steuern verzichten. Der einzig gangbare Weg zu einer Deckelung wäre demzufolge eine neuerliche Gesetzesänderung.“ Eine groteske Situation, in die sich Schröder und Lafontaine mit ihrer Kombination aus „Konsens“-Gesprächen und zeitgleichen Gesetzen gebracht haben.

STAATSBÜRGERSCHAFT „LIGHT“: Die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, weg vom völkischen „Blutsrecht“, hin zu einem Staatsbürgerrecht, das allen hier dauerhaft lebenden Menschen die Staatsbürgerschaft zuerkennt, ist nach den Verhandlungen der Regierung mit der FDP noch weiter verwässert. Kinder der 3. Generation erhalten zwar bei der Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft, eine evtl. doppelte Staatsbürgerschaft (weil z.B. die Eltern noch türkische Staatsbürger sind) muß aber spätestens mit 23 Jahren aufgegeben werden. Ansonsten werden die Einbürgerungsvorschriften nur geringfügig geändert, vor einem Antrag auf Einbürgerung sollen immer noch 8 Jahre ständiger Aufenthalt liegen, die Verweigerung der Staatsbürgerschaft bei Armut und Vorstrafen (z.B. wegen „illegaler Einreise“) bleiben bestehen, auch die Überprüfung aller Antragsteller auf ihre „Verfassungstreue“. Noch nicht einmal Schilys Versuch, den hier lebenden alten Menschen, die seit 30 Jahren hier leben und gearbeitet haben, eine doppelte Staatsbürgerschaft zu erlauben, wurde von der FDP akzeptiert.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 18. März berät der Bundestag über den Jahreswirtschaftsbericht und die Agenda 2000, am nachmittag u.a. über Werftenhilfe und einen PDS-Antrag auf Rücknahme von Arbeitslosengeldkürzungen. Am 19. März geht es um die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, einen CDU-Antrag zur „Bekämpfung des politischen Extremismus“ und PDS-Anträge für einen Abschiebestopp für Flüchtlinge aus der Türkei und zur „Einleitung eines internationalen Friedensprozesses zur Situation der Kurden in der Türkei“. Am 24./25. März ist EU-Gipfel in Berlin, am 24./25. April feiert die NATO in Washington ihr 50. Jubiläum.

Aufruf

Gegen internationales Recht verstößend hat ein staatlich gelenktes Bündnis von Geheimdiensten den Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans, Abdullah Öcalan, illegal in die Hände ausgerechnet des Staates überführt, der am allerwenigsten ein rechtsstaatliches Verfahren garantieren kann.

Entgegen dem Entscheid der italienischen Justiz und den Aufrufen und Appellen internationaler Menschenrechtsorganisationen, die sich anlässlich der Ankunft von Herrn Öcalan in Rom geschlossen gegen dessen Auslieferung an die Türkei aussprachen, wurde er schließlich unter Zwang entführt und in die Gewalt des Staates übergeben, dessen Rekord an Folterungen und Menschenrechtsverletzungen international an der Spitze steht.

Der Kurdenführer wurde den Militärs und den Politikern der Türkei übergeben, die für den Krieg in den kurdischen Gebieten und dessen Folgen verantwortlich sind: für die Vernichtung von 4000 kurdischen Dörfern, für die unzähligen Toten und die über 3 Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge, – Folgen, die sich zu einem Genozid ausweiten können.

Ungerechter kann kein justitieller Akt sein als jener, bei dem in Verkehrung jeglichen Rechts die Täter als Richter über die Opfer als Verbrecher befinden.

Vor dem türkischen Gericht ist kein „fair trial“ denkbar. Nicht nur die bisherige totale Isolationshaft Abdullah Öcalans, seine 24stündige Videoüberwachung, die entwürdigende Ausstrahlung ausgesuchter Filmaufnahmen in den Medien und die anhaltende massive Behinderung anwaltlicher Tätigkeit belegen dies. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (Straßburg) hat dem Staatssicherheitsgericht der Türkischen Republik bescheinigt, gegen den Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention zu verstossen: „Die erforderliche Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Richter wird verletzt durch den Status der bei diesen Gerichten tätigen Militärrichter.“ (Urteil 9.6.1998)

Wir befürchten, daß das Urteil gegen Abdullah Öcalan längst gefällt ist und ihm nur noch ein kurzer Schauprozeß gemacht werden wird. An die Stelle der Beweisaufnahme tritt die Verlesung der Urteils, das auf Todesstrafe lauten darf, und wahrscheinlich sofort vollstreckt werden soll.

Die Europäischen Regierungen haben bisher vollständig versagt, zur Beendigung des Krieges in der Türkei und zur Lösung der kurdischen Frage eine konstruktive Initiative zu ergreifen.

Weiter Seite 4 unten



Türkei/Kurdistan: Weitere Proteste gegen Staatsterror

ARGK warnt: Touristen könnten zwischen die Fronten geraten

In kurdischen Zeitungen und Med-TV wurde am letzten Wochenende die ersten Stellungnahmen Abdullah Öcalans seit seiner Verschleppung und Inhaftierung in der Türkei verbreitet. Er warnte die Türkei zu glauben, daß durch seine Vernichtung die Kurdenfrage gelöst werden könnte. Trotz psychischer und physischer Folter sollte sich die regierende „Bande“ nicht in dem Irrtum wiegen, daß der Prozeß gegen ihn das Ende des Kampfes gegen Ungerechtigkeit und für Selbstbestimmung der Völker in der Türkei bedeute. Öcalan sprach von „historischen Tagen“. Er forderte erneut die Lösung der kurdischen Frage auf politischem Wege. Diese Aussagen kamen nach dem Besuch der Antifolterkommission der EU und seiner Anwälte an die Öffentlichkeit.

Das ARGK-Hauptquartier veröffentlichte am 15. März einen Beschuß, der wohl das Ende des einseitigen Waffenstillstandes der PKK vom September letzten Jahres bedeutet. In ihm heißt es: „Es wurde beschlossen, daß solange unser Volk und seine legitimen Rechte diesen umfassenden Angriffen ausgesetzt sind und bis die Freiheit des Vorsitzenden Apo erreicht worden ist, der Kampf gegen den türkischen Staat in jedem Bereich intensiviert und fortgesetzt wird, bis wir unser Ziel erreicht haben. Davon ausgehend befindet sich unsere Armee und unser Volk in einer legitimen Aktionsphase. Jedes Gebiet der Türkei ist Kriegsgebiet. Dies schließt auch die vom türkischen Staat als touristischen Orte bezeichneten Gebiete ein.“ Die ARGK rief dazu auf, Urlaubsreisen in die Türkei zu unterlassen. In der hiesigen Presse wurde diese Warnung, die das Leben

und die Unversehrtheit von Touristen, die sonst zwischen die Fronten geraten könnten, schützen soll, wieder einmal boshaft als Drohung und Ankündigung von Anschlägen auf Touristen verdreht. Tatsächlich heißt es in der ARGK-Erklärung eindeutig: „Um Schaden an Menschenleben vorzubeugen, sollten vor allem aus Europa sowie aus keinem anderen Ort der Welt Touristen in die Türkei einreisen. Die betreffenden Staaten sollten ihre Bürger warnen ... , um das Leben der Touristen nicht zu gefährden.“

Der türkische Menschenrechtsverein legte eine Bilanz des Terrors der türkischen Sicherheitsbehörden für den Monat Februar vor: 20 Radio- und Fernsehstationen wurden für 117 Tage geschlossen. 16 Journalisten wurden wegen „separatistischer Propaganda“ angeklagt. 21 Zeitungen und Zeitschriften wurden verboten. Die Partei DKP wurde verboten, das Verfahren gegen die HADEP läuft weiter. 63 Parteizentralen und -büros, Kulturzentren und Vereine wurden von der Polizei gestürmt und durchsucht. 417 Personen wurden dabei verhaftet. Gegen den Rechtsanwalt von Abdullah Öcalan wurde ein Verfahren eingeleitet unter dem Vorwurf, er habe die Regierung, den Staat und dessen Sicherheitskräfte beleidigt. Die Staatsanwaltschaft fordert über ein Jahr Gefängnis. Die Samstagsmütter können sich nicht mehr vor dem Galatasaray-Gymnasium in Istanbul versammeln. In der Zeit vom 16. bis 24. Februar wurden 3369 Menschen inhaftiert, 49 Zivilisten, elf Polizisten und ein Dorfschützer wurden verwundet, zwei Zivilisten und ein Dorfschützer verloren ihr Leben.

Weiter Seite 4 oben



→ Die Verhaftungswelle richtete sich hauptsächlich gegen Gewerkschaften und HADEP-Mitglieder. 12 politische Gefangene setzten sich in unterschiedlichen Gefängnissen in Brand, einer starb. Am 5. März wurde der Journalist der Zeitung Dayanisma und Gewerkschaftsfunktionär Süleyman Yeter nach seiner Festnahme auf einem Istanbuler Polizeirevier totgeschlagen. In Kocaeli wurde eine Versammlung der Gewerkschaft KESK zum internationalen Frauentag, an der 2000 Menschen teilnahmen, von der Polizei gestürmt. Ähnliche Polizeiaktionen gegen die Abhaltung des internationalen Frauentags fanden in der ganzen Türkei statt. In Van, Idil, Batman, Nusaybin und anderen Regionen gehen Militärs gegen Besitzer von Satellitenschüsseln vor. Allein in der Region um Idil wurden die Satellitenantennen in 75 Dörfern beschlagnahmt. In Nusaybin, Batman, Van,

Siirt und Diyarbakir gehen unterdessen die Rolladenschließaktionen ununterbrochen weiter. In Nusaybin versuchte das Militär, mit Panzern diese Aktion zu beenden und zerstörte 300 Läden. Die Studenten von Diyarbakir und Mardin führen weiter ihre Boykottaktionen durch, an denen sich auch Schüler beteiligen. Die inhaftierten Gewerkschafter von KESK in Diyarbakir mußten inzwischen freigelassen werden. Ihre Festnahme hatte zu zahlreichen Protesten von deutschen Gewerkschaften geführt. In Ankara wurde jetzt aber der Vorsitzende der Gesundheitsgewerkschaft Ali Urkut in Untersuchungshaft genommen. Ihm wird vorgeworfen, in einer Presseerklärung die friedliche und demokratische Lösung der Kurdenfrage gefordert zu haben.

Es gab verschiedene Bombenanschläge. Einige richteten sich gegen militäri-

sche Objekte und den Gouverneur der Provinz Cankiri. Die Hintermänner von Bombenanschlägen auf Kaufhäuser in Istanbul, zu denen sich eine „Rachebrigade“ bekannte, sind bisher unbekannt und könnten auch Provokationen der Kontingerilla darstellen.

Eine der Delegationen aus Deutschland, die zu dem Prozeß gegen Eva Juhne und in die kurdischen Gebiete einreisen wollten, wurde festgesetzt und zurückgeschickt. Die türkische Regierung hat einen Beschuß veröffentlicht, wonach keine Berichterstattung aus den kurdischen Gebieten und über das Verfahren gegen Abdullah Öcalan zugelassen werden soll. Zu Newroz werden Delegationen aus Europa in der Türkei erwartet. Die HADEP und der Gewerkschaftsverband KESK haben dazu aufgerufen.

rub

Özgür Politika, Med-TV, Hürriyet, CL-Netz

→ Fortsetzung Aufruf ...

Während sie alle diplomatischen Hebel in Bewegung gesetzt haben, um den Palästinensern in Madrid, den Bosniern in Dayton und den Kosovo-Albanern in Rambouillet eine politische und friedliche Lösung ihrer Konflikte zu ermöglichen, warten wir seit 15 Jahren vergeblich auf eine ähnliche Initiative für die Kurden.

Die momentane, angespannte Situation beinhaltet jedoch immer noch eine Chance: Der Kurdenführer Abdullah Öcalan muß als Schlüsselperson in der anzustrebenden politischen Lösung des Krieges um Kurdistan angesehen und demgemäß behandelt werden. Die Sicherheit und Unversehrtheit Abdullah Öcalans, seine Freiheit, ist eine Prüfung für die Türkei, die hier beweisen muß, daß sie als EU-Anwärter die europäischen, demokratisch-rechtsstaatlichen Werte anerkennt und berücksichtigt.

Wir appellieren an die internationale Staatengemeinschaft und ihre Institutionen:

- eine internationale Beobachterdelegation in Begleitung einer unabhängigen Ärztedelegation zu entsenden
- ein rechtsstaatliches Verfahren für Abdullah Öcalan vor einem internationalen Gerichtshof zu ermöglichen; für die Dau-

er seines Aufenthaltes in der Türkei müssen die menschenrechtlichen Standards gewährleistet werden

- sich unverzüglich einzusetzen für die Beendigung des Krieges, für die Beseitigung der Konfliktursachen und die Einberufung einer Internationalen Kurdistankonferenz
- die Türkei muß sofort ihre militärischen Operationen in den kurdischen Gebieten einstellen, und mit der kurdischen Seite in Dialog treten

Erstunterzeichnerinnen und -unterzeichner: Prof. Dr. Elmar Altavater; Int. Lelio Bassi-Stiftung für die Rechte der Völker, BRD; Lord Avebury, House of Lords, Großbritannien; Uri Avnery, ehemaliger Knessetabgeordneter, Gush Shalom/Israelischer Friedensblock, Israel; Jutta Bauer, Illustratorin, Bundesrepublik Deutschland; Rolf Becker, IG Medien, Bundesrepublik Deutschland; Tony Benn, Parlamentsmitglied, Großbritannien; Christine Blower, ehem. Präsidentin der Britischen Lehrergewerkschaft (NUT), Großbritannien; Ken Cameron, Generalsekretär der Gewerkschaft der Feuerwehr (FBU), Großbritannien; Harry Cohen, Parlamentsabgeordneter, Großbritannien; Prof. Dr. phil. Helmut Dahmer, Professor für Soziologie, Bundesrepublik Deutschland; Adolfo Perez Esquivel, Literaturnobelpreisträger, Argentinien; Michael Feeney, Flüchtlingsberater von Kardinal Hume, Großbritannien; Prof. Dr. Luci Ferraioli, Professor für Rechtsphilosophie, Italien; Paul Flynn, Parlamentsabgeordneter,

ter, Großbritannien; Dario Fo, Regisseur, Autor, Schauspieler, Literaturnobelpreisträger, Italien; Walid Joumblatt, Minister, Libanon; Prof. Dr. Uwe Jens Heuer, Professor für Rechtswissenschaften, Bundesrepublik Deutschland; Mairead Keane, Director of Sinn Fein International Department; David MacDowall, Schriftsteller, Großbritannien; Mairead Maguire, Nobelpreisträgerin, Nord-Irland; Danielle Mitterrand, Stiftung France Liberté, Frankreich; Prof. Dr. Roland Mönch, Rektor der Hochschule Bremen, Bundesrepublik Deutschland; Gianna Nannini, Künstlerin, Italien; Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr, Komitee für Grundrechte und Demokratie, BRD; Dr. Mamoud Osman, Kurdischer Politiker, Großbritannien; Prof. Dr. Norman Paech, Völkerrechtler, Bundesrepublik Deutschland; Gareth Peirce, Rechtsanwalt, Großbritannien; Franca Rame, Autorin, Regisseurin, Schauspielerin, Italien; Jose Ramos-Horta, Friedensnobelpreisträger, Ost-Timor; Lord Rea, House of Lords, Großbritannien; Prof. Dr. Werner Ruf, Völkerrechtler, Universität Kassel, Bundesrepublik Deutschland; José Saramago, Literaturnobelpreisträger, Portugal; Günther Schwarberg, Journalist, Bundesrepublik Deutschland; Prof. Dr. Gerhard Stubay, Völkerrechtler, Bundesrepublik Deutschland; Rudi Vis, Parlamentsabgeordneter, Großbritannien; Prof. Jürgen Waller, Rektor der Kunsthochschule in Bremen; Prof. Dr. Jean Ziegler, Nationalrat und Publizist, Schweiz

Infos, Kontakt: Europäisches Koordinationsbüro, businesspool bonn, Hinter Hoben 149, 53129 Bonn, Tel. 0228-9168-207, Fax 0228-9168-102.

Gesucht: Ein alternatives Wirtschaftskonzept

Der überraschende Rückzug Oskar Lafontaines aus allen politischen Ämtern wird in der Presse vielfach als Ende einer Ära dargestellt. „In dieser Woche ist die alte SPD Geschichte geworden, eine neue SPD, New Labour, ist nicht in Sicht. So endete eine Ära, die mit dem Machtverlust 1983 begann und in deren Folge sich die Sozialdemokratie verstärkt der Friedens- und Ökologiebewegung zuwandte“, schrieb der Berliner „Tagesspiegel“ am 13. März. Und am nächsten Tag: „Lafontaines Abgang könnte den Anfang vom Ende eines Politikverständnisses symbolisieren, das auf der Vorstellung beruht, ‚die Gesellschaft‘ als Ganze ließe sich noch für ein umfassendes Reformmodell mobilisieren und in eine einzige Richtung lenken.“

Tatsächlich dürfte der Rückzug Lafontaines aus der Politik vor allem das Eingeständnis einer schweren Krise, vielleicht sogar des Scheiterns seiner wirtschaftspolitischen Konzeption bedeuten. Einer Konzeption, die bei unveränderter Fortsetzung von Globalisierung und Weltmarktexpansion der Konzerne eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums über den Staat propagierte und dazu mit keynesianischen Mitteln die Konjunktur ankurbeln wollte. Mit beiden Absichten ist die rot-grüne Regierung vorerst gescheitert.

Konjunktur lahm, Regierung ratlos

Lafontaine als Finanzminister hat dies wohl am deutlichsten zu spüren bekommen. Sein Versuch, die finanziellen Reserven der Energie- und Versicherungskonzerne durch eine modifizierte Vermögensbesteuerung zumindest teilweise in staatliche Verfügung zu bekommen, stieß auf den erbitterten Widerstand dieser Konzerne. Gleichzeitig wurden die von der Vorgängerregierung übernommenen Haushaltsprobleme – das „Tafelsilber“ wie z.B. die Telekom hatte Waigel bereits verkauft, an Erlöse aus dem Verkauf von Bahnanteilen ist nicht zu denken – durch eine lahmende Konjunktur deutlich größer. Das Urteil des Verfassungsgerichts, das Entlastungen für Familien mit Kindern verlangt, macht die Situation des Finanzministers noch schwieriger. An der EU-Front zeichnet sich ab, daß die von Schröder verlangte Entlastung für den Bonner Haushalt nicht so schnell kommen wird. In der Außenpolitik steht statt dessen Krieg im Kosovo an, Scharping weigert sich, eine Kürzung im Rüstungsetat mitzumachen, will statt dessen sogar mehr Geld.

Angesichts dieser Entwicklungen war Lafontaine vermutlich mit seinen politischen Absichten vorderhand wirklich am Ende.

So wie beim Regierungsantritt ge-

plant, ging es nicht mehr weiter. Von staatlicher Konjunkturankurbelung ist keine Spur. Die Mittel, um z.B. zusätzliche Infrastrukturvorhaben in Angriff zu nehmen, sind einfach nicht da. Die Bauwirtschaft fällt weiter ab. Schon 1998 lag ihre Produktion – vor allem wegen der Kürzungen der öffentlichen Aufträge – um 16% unter 1995. Eine rückläufige Bauwirtschaft belastet auch das Handwerk, die Elektrobranche usw. Damit ist auch auf dem Arbeitsmarkt keine Entlastung in Sicht.

Diese Bedingungen gegeben, war auch Lafontaines Politik der „Umverteilung“ über den Staat mehr oder minder gescheitert. Die Gerüchte aus der Opposition, im Sommer stehe eine Anhebung der Mehrwertsteuer ins Haus, sind vermutlich begründet. Wie sonst will die Regierung ihren Haushalt finanzieren? Eine Anhebung der Mehrwertsteuer aber wäre ein Schlag ins Gesicht der Gewerkschaften, die gerade – ermuntert von Lafontaine – das „Ende der Bescheidenheit“ ausgerufen hatten. Zwei Prozent mehr Mehrwertsteuer – was bleibt dann noch vom Metall- und ÖTV-Abschluß?

Diese Probleme hat Lafontaine nun seinem Nachfolger hingeworfen.

Kabinett und SPD sollen nach rechts rücken

Wie wird es weitergehen? Die Kapitalisten verlangen, daß Schröder und sein Kabinett nun versuchen, mit Standortverbilligungen, d.h. Verbilligung der Arbeitskraft und Steuererleichterungen für die Konzerne, eine Verbesserung der Wirtschaftslage zu erreichen. Das würde die Regierung in Konfrontation zu den Gewerkschaften bringen, ohne daß Schröder eine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt als „Gegenleistung“ ernsthaft anbieten kann.

Die Kapitalisten wünschen, daß die SPD als reformerische Kraft künftig ausfällt. Eine solche Rechtsverschiebung der SPD würde Parteien wie der PDS viel-

leicht kurzfristig bei den Wahlen mehr Stimmen bringen, aber objektiv auch deren Probleme vertiefen. Die sozialdemokratischen Reihen sollen sich, so propagiert die konservative Presse, nach links abschließen. Die Repression gegen die Linke soll härter werden.

Nötig: ein alternatives Wirtschafts- und Arbeitsmarktkonzept

Das muß aber so nicht geschehen. Schließlich ist die Situation auf dem Arbeitsmarkt unverändert, und auch die verschiedenen Strömungen in der SPD müssen sich diesem Problem stellen. Die Linke – PDS, Gewerkschaften, soziale Verbände, Arbeitsloseninitiativen usw. – braucht vermutlich vor allem ein alternatives Wirtschafts- und Arbeitsmarktkonzept. Kommunale, genossenschaftliche Beschäftigungsprojekte mit wenig Sachkapital, Förderung orts- und personengebundener Dienstleistungen, kommunale Hilfsprogramme für Menschen in Not, regionale Wirtschaftskooperation und ähnliches sind jetzt gefragt. Ohnehin waren die bisherigen Erklärung der rot-grünen Regierung in Bonn, sie werde den „Aufbau Ost“ zur „Chefsache“ machen, nur ein müder Witz.

Eine solche alternative Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik würde auch die weiter starken gesellschaftlichen Interessen an einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums fördern.

Denn eine solche Umverteilung kann nicht über den Staat geschehen, sondern muß „an der Quelle“ ansetzen. Im Lohnkampf, im gewerkschaftlichen Kampf. Dafür braucht es eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation, und die kann nicht von Angebotspolitik, von den Konzernen und vom Weltmarktgang kommen, sondern nur aus einer alternativen, regionalen, kommunalen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.

Ansätze zu einer solchen alternativen Politik hatte die PDS in ihrem „Rostocker Manifest“ schon vor einiger Zeit skizziert. In Mecklenburg-Vorpommern müht sich die PDS in der Regierung – mehr schlecht als recht, sagen manche, aber immerhin müht sie sich – um die Entwicklung eines „öffentlichen Beschäftigungssektors“. Diese Ansätze müßten weiterentwickelt und in die Tat umgesetzt werden. Sonst wird die Armut, werden die sozialen Konflikte in bestimmten sozialen Milieus und Regionen noch dramatischer.

Die Fühlung, die Lafontaine kurz vor seinem Rückzug mit der PDS gesucht hat, zeigt, daß es gegenüber dem nun von den Konzernen verlangten Politikwechsel nach rechts eine Alternative gibt. Diese Alternative heißt rot-grün-rot.

rül, maf



Schlußstrich

09.03.99- Deutschland und Tschechien wollen einen Schlußstrich unter die Streitigkeiten der vergangenen 50 Jahre ziehen und ein neues Kapitel der gegenseitigen Beziehungen aufschlagen. Das Verhältnis beider Staaten sollte nicht länger durch politische und rechtliche Probleme, sondern durch eine enge Partnerschaft gekennzeichnet sein, erklärte Bundeskanzler Gerhard Schröder gestern nach einem Treffen mit dem tschechischen Ministerpräsidenten Milos Zeman in Bonn. Beide Politiker vereinbarten, im Zusammenhang mit den Geschehnissen während und nach dem Zweiten Weltkrieg keine Vermögensfragen mehr aufzuwerfen. Davor betroffen seien auch alle Forderungen der Sudetendeutschen, erklärte Schröder. Die Sudetendeutschen hätten das Recht, ihre kulturellen Eigenarten zu pflegen, aber keinen Einfluß auf die deutsche Außenpolitik. Mit dem Nato-Beitritt des Nachbarlandes am 12. März würden aus Freunden Verbündete werden, so der Kanzler weiter. Zeman erklärte die Benesch-Dekrete für ungültig. In diesen Dekreten waren die Vertreibung Deutscher nach 1945, damit im Zusammenhang stehende Verbrechen und die entschädigungslose Enteignung der Betroffenen gerechtfertigt worden. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Günter Verheugen, bezeichnete Zemans Zusage als historisch. Mit der offiziellen Erklärung der Prager Regierung und dem Verzicht der Bundesrepublik auf alle Vermögensansprüche seien nun "alle Probleme zwischen den beiden Ländern vom Tisch". Schröder und Zeman vereinbarten darüber hinaus eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit, die sich über die klassischen Bereiche hinaus auch auf den Umweltschutz erstrecken soll. Schröder unterstützte ohne Einschränkung den Wunsch der Tschechischen Republik nach einem baldigen EU-Beitritt. Die Einbindung des Landes in die Europäische Union sei ein wichtiger Beitrag zu mehr Stabilität in Europa, so der Kanzler. Schröder nahm die Einladung Zemans zu einem Gegenbesuch am 30. September dieses Jahres an. An diesem Tag vor genau zehn Jahren hatten die tschechischen Behörden Tausenden DDR-Bürgern den Zugang zur deutschen Botschaft in Prag und damit die spätere Ausreise in die Bundesrepublik ermöglicht.

Schröder erklärte, daß Datum habe eine große Bedeutung sowohl für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten als auch für die demokratische Entwicklung in der damaligen Tschechoslowakei.

Der Gedenktag soll mit jungen Leuten aus beiden Ländern gefeiert werden.

Barbara Stamm, Sozialministerin und stellv. Ministerpräsidentin Bayerns zu den Äußerungen Schröders:

Eigentum!

„Die Bundesregierung muß zur Kenntnis nehmen: Eigentum bildet die Grundlage der europäischen Rechtsordnung. Wie niemand zu Lasten Dritter Absprachen treffen kann, so wenig kann man zu Lasten Dritter verzichten. Über Anspruch und Verzicht auf privates Vermögen können einzig und allein die Sudetendeutschen befinden!“

VVN-BdA begrüßt Realismus in den deutsch-tschechischen Beziehungen

Realismus

„In einer ersten Stellungnahme begrüßte Dr. Ulrich Schneider, Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), die Ergebnisse der deutsch-tschechischen Konsultationen vom 8. März.

Nachdem noch Bundeskanzler Kohl 1997 die Unterzeichnung der deutsch-tschechischen Erklärung mit dem Hinweis entwertet habe, natürlich seien die Eigentumsfragen weiterhin offen, habe nun die neue Bundesregierung endgültig klargestellt, dass sie keinerlei Restitutionsforderungen gegenüber der Tschechischen Republik erhebe. Damit sei nicht nur Realismus in die deutsch-tschechischen Beziehungen eingekehrt, sondern auch dem andauernden politischen Störfeuer der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) der Boden entzogen worden. Erfreulich sei auch die Ankündigung von Bundesminister Naumann gegenüber der SL, künftig keine finanziellen Mittel mehr für die Pfingsttreffen des Verbandes zur Verfügung zu stellen. Die freiwerdenden Mittel könnten sinnvoller in die Arbeit des Zukunftsfonds einbezogen werden. Nun komme es darauf an, möglichst schnell eine zufriedenstellende Lösung für die Entschädigung tschechischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter zu erreichen. Mehrere zehntausend Angehörige des Jahrgangs 1924 warteten bislang vergeblich auf eine Wiedergutmachung für den „Totaleinsatz“ im Deutschen Reich. Dazu müsse die neue Stiftung unter Einbeziehung der Organisationen der ehemaligen Zwangsarbeiter unverzüglich Regelungen schaffen. Demagogisch forderte die SL auch Entschädigung für „Zwangsarbeit von Sudetendeutschen“, die im Kontext von Reparationsleistungen erbracht wurde. Hier sei die Bundesregierung gefordert, sich so klar, wie sie sich zur Eigentumsfrage geäußert habe, von der geplanten Sammelklage der SL gegen tschechische Unternehmen in den USA zu distanzieren, forderte Dr. Schneider.“

Zemann in Bonn

Alles gesagt oder alles offen?

Die Interpretation des Zustand der deutsch-tschechischen Beziehungen bleibt schwierig.

Noch am 26.2.1999 verweist die „Sudetendeutsche Zeitung“ auf den Staatsministers im Auswärtigen Amt, Verheugen, auf eine Anfrage des CSU-MdB Koschyk am 9.2.1999 wie folgt geantwortet habe:

„Die Bundesregierung sieht die Vertreibung der Deutschen und die entschädigungslose Einziehung deutschen Vermögens als völkerrechtswidrig an- Sie vertritt diesen Standpunkt auch gegenüber Polen und der CSFR ... In Hinblick auf die Tschechische Republik gilt, daß die deutsch tschechische Erklärung vom 21. Januar 1997 an dieser Auffassung dfer Bundesregierung niochts geändert hat. Hieraus folgt, daß die Bundesregierung auch nicht auf vermögensrechtliche Ansprüche Deutscher gegenüber den genannten Staaten verzichtet hat.“

Zu dieser Position scheinen die Äußerungen Schröders und Verheugens anlässlich des Zeman Besuchs im Gegensatz zu stehen. Laut offizieller Pressemitteilung hätten Schröder und Zeman vereinbart, „im Zusammenhang mit den Geschehnissen während und nach dem Zweiten Weltkrieg keine Vermögensfragen mehr aufzuwerfen“.

Das heißt wohl: Die Bundesregierung macht die Vermögensfrage nicht zum Thema, will aber nicht zugeben, daß die Aussiedlung und die damit verbundene Einziehung des Vermögens der Sudetendeutschen völkerrechtlich zulässig gewesen wäre. Vielmehr sagt die Regierung dazu gar nichts, brüstet sich aber mit der Feststellung: „Zeman erklärte die Benesch-Dekrete für ungültig. In diesen Dekreten waren die Vertreibung Deutscher nach 1945, damit im Zusammenhang stehende Verbrechen und die entschädigungslose Enteignung der Betroffenen gerechtfertigt worden.“

Tatsächlich weiß man aus vielerlei Veröffentlichungen, daß Zeman den Standpunkt vertritt, die Benesch-Dekrete seien in ihrer Wirkung heute erloschen, zur ihrer Zeit aber nicht völkerrechtswidrig gewesen.

Warum sind solche Fragen wichtig? Zum Beispiel kündigen die Sudetendeutschen Verbandspolitiker an, die Politik der Bundesregierung gerichtlich prüfen lassen zu wollen.

Eine solche gerichtliche Prüfung kann nach den Vorgaben der bundesdeutschen Rechtsordnung sehr leicht zu dem Ergebnis führen, daß wegen der Unrechtmäßigkeit der Benesch-Dekrete berechtigte Forderungen der Sudetendeutschen an die Tschechische Republik beständen, die von der Bundesrepublik zu vertretende seien.

Die Äußerungen Schröders und Ver-

heugens sind solange mit äußerster Vorsicht zu beurteilen, wie die Regierung nicht zu dem Komplex der Rechtmäßigkeit des Münchener Abkommens Stellung nimmt. Denn diese, auf die tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Nationalität gestützte Nazipolitik, die auf Vernichtung der Tschechoslowakei zielte, muß von der heutigen Bundesrepublik geächtet als Verbrechen geächtet werden, für dessen Folgen die Rechtsnachfolger des 3. Reiches haften.

Es ist sehr bedauerlich, daß die Bundesregierung die Gelegenheit versäumt, anlässlich des Zeman-Besuches dem 60. Jahrestages des Einmarschs der Hitlertruppen würdig und politisch wirksam zu gedenken.

EU-Osterweiterung

Die Mauern der EU gegen Osten

In seiner Neujahrsansprache kritisierte Präsident Havel die Wände, die innerhalb der tschechischen Gesellschaft in die Höhe wachsen. Jetzt sollen – vor allem auf Betreiben der EU – zwischen Tschechien und seinen traditionellen Verbündeten und Handelspartnern im Osten neue Wände errichtet werden.

Sogar der tschechische Außenminister Jan Kavan, dessen unerschütterliche Pro-EU/NATO-Haltung bekannt ist, äußerte Zweifel an der Klugheit der neuen Visapflicht, die die EU für die Bürger von zehn Staaten (sieben ehemalige Sowjetrepubliken, Bulgarien, Rumänien und Kuba) fordert. Das tschechische Innenministerium argumentiert, daß mit Hilfe von Visa das Problem „ausländischer krimineller Banden in der Tschechischen Republik“ leichter in den Griff zu kriegen sei. Das ist ein fadenscheiniges Argument, da Kriminelle meist illegal ins Land kommen – und sie werden das künftig in noch größerem Umfang tun, nachdem (seit dem 15. Januar) eine Datenbank der tschechischen Polizei mit den tschechischen Botschaften und den Grenzübergängen verbunden wurde, um bei Visaanträgen eine sofortige Überprüfung der Antragsteller zu ermöglichen.

Schwerer wiegt, wie der Verteidigungsminister und der Industrie und Handelsminister bis zu einem gewissen Grade erkannt haben, der Schaden, den die Visapflicht für die Handelsbeziehungen mit den betroffenen Staaten mit sich bringen wird, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Wie der Konsul von Belarus klargemacht hat, wird seine Regierung die Einführung der Visapflicht für Bürger seines Landes mit demselben Schritt in bezug auf tschechische Bürger beantworten.

Als Sinn der Visa-Forderung der EU entpuppt sich somit nicht nur der Wunsch der deutschen Regierung, das Schenge-

ner Abkommen der Festung Europa waserdicht gegen die ökonomischen und politischen Opfer der neuen Weltordnung des Imperialismus durchzusetzen. Vielmehr zeigt sich auch das Bestreben, die Staaten, die der EU beitreten wollen, noch abhängiger von den EU-Märkten zu machen, indem ihnen bei dem Versuch, ihre Märkte im Osten wiederzugewinnen, neue Hindernisse in den Weg gelegt werden. Dasselbe gilt für Kuba, dessen Einfluß in die Liste der zehn Staaten hierin seine Bedeutung hat. Verzweifelt auf der Suche nach Exportmärkten, hat die Tschechische Republik in den letzten Jahren ihren Handel mit Kuba intensiviert, zum Teil aufgrund des kubanischen Bedarfs an Ersatzteilen für Kraftwerke und sonstige Industrieanlagen, die von der sozialistischen Tschechoslowakei geliefert wurden.

Es scheint fast so, als sei die EU – welch abwegiger Gedanke! – ängstlich darauf bedacht, jede Idee im Keim zu ersticken, daß es zur EU-Mitgliedschaft Alternativen geben könnte. Nachdem sie klar gemacht hat, daß die Aufnahme ehemals sozialistischer Länder eher später als früher stattfinden wird, ist die EU vielleicht besorgt, daß dies, zusammen mit den Auswirkungen der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise, einen Denkprozeß in Gang setzen könnte, insbesondere bei den Linken.

(entnommen aus: Deutsch-Tschechische Nachrichten, GNN-Verlag Stuttgart)

Verbrecher und Mörder diffamieren – und mit ihnen die vielen Toten, die sich nicht mehr wehren können.“ Saarbrückens Oberbürgermeister Hajo Hoffmann (SPD) hatte daraufhin den Unterzeichnern vorgeworfen sie hätten „fast die selben Vokabeln benutzt wie die Neonazis“.

„Die CDU Saar muß sich mit ihrer Zeitungsanzeige den Vorwurf der geistigen Brandstiftung gefallen lassen“, so Tobias Pflüger, Vorstand der Informationsstelle Militarisierung, der am 25.3.99 in Saarbrücken mit einem Vertreter der Bundeswehr über „Bundeswehr und Wehrmachtstradition“ im offiziellen Begleitprogramm der Ausstellung diskutieren wird. Jan Philipp Reemtsma betonte nach dem Anschlag, wo immer Parteienvertreter klare Abgrenzungen nach Rechts vermissen ließen, „haben sich Extremisten zu Ausschreitungen ermuntert gefühlt.“

Dr. Werner Brill, einer aus der Gruppe der Mitveranstalter und Ausstellungsbegleiter, erklärte zum Anschlag: „Die CDU hat mit ihrer Annonce in der *Saarbrücker Zeitung* bewußt auf den braunen Sumpf gesetzt und erhofft sich dadurch Stimmengewinne für den Landtagswahlkampf im Saarland. Dadurch, daß Millionen Opfer des Zweiten Weltkriegs zu politischen Zwecken mißbraucht werden, zeigt die CDU-Saar, daß sie schamlos handelt und keinen Anstand besitzt, ja sie instrumentalisiert sogar diejenigen deutschen Soldaten, vor die sich angeblich zu stellen behauptet.“ Dr. Brill hat im Rahmen der Ausstellung zahlreiche Gruppen darunter auch Polizeibeamte geführt, die sich alle ernsthaft mit den historischen Tatsachen beschäftigen wollen. Die Ausstellung hat in den ersten zwei Wochen ca. 10.000 Besucher angezogen.

IMI appelliert an die CDU, sich endlich den Tatsachen des Vernichtungskrieges der Wehrmacht zu stellen.

Am Tag vor der Ausstellungseröffnung war es schon zu einer Gegendemonstration mit etwa 400 Alt- und Neonazis gekommen. Während die „Nationalen Front“ gut abgeschirmt demonstrierten durfte, Hitlergrüße und Reichskriegsflagge inbegriffen, wurden zeitgleich über 100 Antifaschisten vor bzw. während der Demo des „Bündnis gegen Rechts“ von der Polizei eingekesselt und festgenommen. Die *Saarbrücker Zeitung* setzte in ihrem Bericht über die Demonstrationen diese Antifaschisten dann mit Faschisten gleich und lobte die Polizei für ihr Vorgehen (SZ 22.2.99).

Die Informationsstelle Militarisierung kritisiert zudem das Festhalten von Verteidigungsminister Rudolf Scharping am Teilnahmeverbot für Bundeswehrsoldaten an der Wehrmachtsausstellung. IMI fordert die Aufhebung des Besuchsverbots für Soldaten. Darin ist IMI sogar mit dem Bundeswehrverband einer Meinung. **Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., Burgholzweg 116/2, 72070 Tübingen, Tel. + Fax 07071-49154 und 07071-49159, mail to: IMI@GAIA.de (10.3.99)**

IMI-Presseerklärung

Trotz Bombenanschlag: Wehrmachtsausstellung weiter zeigen

Zum Bombenanschlag auf die Ausstellung „Vernichtungskrieg: Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“ am 9. März 1999 in Saarbrücken

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) verurteilt den Anschlag auf die „Wehrmachtsausstellung“ aufs schärfste. Diese Ausstellung zeigt endlich klar einen Teil der Morde, Vergewaltigungen, Folterungen und Zerstörungen der Wehrmacht und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung der Verbrechen einer deutschen Armee.

Angesichts dieses Anschlags erscheint es IMI besonders wichtig, daß diese Ausstellung weiter gezeigt wird. IMI begrüßt deshalb, daß sich die Veranstalter in Saarbrücken trotz aller Widrigkeiten zu einer Wiedereröffnung am Wochenende entschlossen haben.

In der *Saarbrücker Zeitung* wurde am 6.3.99 eine Anzeige der CDU Saarbrücken abgedruckt, in deren Text es hieß: „Wir lassen unsere Väter von diesen Ausstellungsmachern und ihren Hilfstruppen nicht unwidersprochen als

Friedensgespräche, die

zum Krieg führen

Rambouillet

Der jugoslawische Vizepremierminister hat den Kern der Kosovokrise unlängst treffend bezeichnet: Er beschuldigte die USA, den vorgesehenen NATO-Einsatz nur zur Erweiterung der NATO-Einflussphäre auf Südosteuropa nutzen zu wollen.

Daher ist es auch erklärlich, warum sich die jugoslawische Regierung so vehement gegen eine Stationierung von NATO-Truppen im eigenen Land wehrt. Es ist ja nicht so, daß die jugoslawische Regierung die Probleme in der Kosovoregion nicht sieht. Daher hat sie auch keine Schwierigkeiten, den sogenannten Politischen Teil des Friedensabkommens zu unterzeichnen, der vor einigen Wochen in Rambouillet vorgelegt wurde. Einzige Bedingung, die die Regierung hier setzt ist: keine Veränderung der bestehende Grenzen. Alle Regelungen, die zu einer Verringerung der Konflikte im Kosovo führen, stoßen bisher auf die Zustimmung der jugoslawischen Regierung.

Die Anerkennung einer Autonomie für den Kosovo ist auch ein weitgehendes Zugeständnis der serbischen Nationalisten. Denn diese haben 1989 die bisher weitestgehende Regelung eines Selbstbestimmungsrecht, das im sozialistischen Jugoslawien auf den Kosovo und andere Regionen angewendet wurde, außer Kraft gesetzt. Ein Bezug auf die vielfältigen Diskussion, die zu diesem Prozeß im sozialistischen Jugoslawien führten, wäre ratsam, um bei der Behandlung des Kosovoproblems voranzukommen. Aber dies ist eine innere Angelegenheit der betroffenen Menschen in der Region und keine Angelegenheit auswärtiger Mächte.

Dazu haben aber die USA, die NATO, die EU und vor allem auch die BRD den Kosovo-Konflikt inzwischen gemacht. Sie haben die inneren Widersprüche genutzt, um sie für ihre eigenen Interessen zu instrumentalisieren. Sie zwingen so die Menschen auf dem Balkan eine Diskussion und ein Handeln auf Probleme hin, die sich aus dem ursprünglichen Konflikt her nicht stellen. Es ging und geht bei den inneren Gründen des Kosovo-Konflikts nicht um die Errichtung eines NATO-Protektorat, und es ging nie

um die Stationierung von NATO-Truppen in der Region. Es geht um Landbesitz und Eigentumsverhältnisse im Kosovo, um nationale und Sprachenrechte. Die Kosovalbaner haben jahrelang keine Forderung nach Lostrennung von Jugoslawien und NATO-Truppen gestellt, sondern gleiche Rechte gefordert. Die Militarisierung des Konflikts bahnte sich an, als die NATO, sich auf großalbanische Nationalisten stützend, die UCK aufbaute, um damit den inneren Anlaß zu schüren, ihren Einfluß in Südosteuropa auszubauen. Die jugoslawische Regierung und auch die politischen Kräfte in der Region, die eine innere Lösung der Kosovokrise befürworten, werden so zum Buhmann gemacht, weil sie sich gegen das NATO-Protektorat ausspielen, als wenn das das einzige wäre, was zur Debatte steht. Die Lösungsvorschläge aus der Region bleiben außen vor.

Die Lösung heißt also nicht: ihr habt nur die Wahl zwischen NATO-Bomben oder NATO-Truppen, sondern NATO raus aus dem Balkan, damit die Menschen dort den tatsächlich komplizierten Problemen mit den eigenen Mitteln zu Leibe rücken können. hav

Dichterbeschimpfung als Kriegsvorbereitung

Presse contra Handke

In einem sogenannten „Destabilisierungsszenario“ hat der Staatssekretär im Außenministerium Ischinger kürzlich die Gefahrenpotentiale aufgezeigt, die der BRD und Europa drohen: „Es sind nicht nur Kosovo und Bosnien-Herzegowina, die für unsere Sicherheit ein erhebliches Destabilisierungspotential bergen. Die Konflikte im Kaukasus, die Spannungen auf Zypern, der Krisenherd Irak und der fragile Friedensprozeß im Nahen Osten, all das hat Auswirkungen auf unsere Sicherheit. Die wirtschaftlich und politisch instabile Situation in Rußland – mit ihren verheerenden Konsequenzen für die soziale Situation der Menschen dort berührt uns unmittelbar. Auch in der Ukraine und anderen mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten sind Demokratie und Marktwirtschaft noch keineswegs unumkehrbar gefestigt.“

Ischinger entwickelte sein Bedrohungsszenario am 27.1.1999 beim 7. Aktuellen Forum zur Sicherheitspolitik vor führenden Chefredakteure der BRD.

Bundesverteidigungsminister Scharping führte wenige Tage später auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik aus: „Sicherheit und Stabilität kön-

nen weniger denn je weder ausschließlich militärisch definiert noch geographisch eindeutig eingegrenzt werden. Sie können auch nicht mehr allein in Kategorien wie territoriale Bedrohung und territoriale Verteidigung definiert werden. Die neuen strategischen Gegebenheiten stellen uns vor die Entscheidung, ob wir den für die Bündnissicherheit relevanten krisenhaften Entwicklungen dort entgegentreten, wo sie entstehen, oder deren Folgen, einschließlich ein mögliches Übergreifen auf das Bündnisgebiet, riskieren.“

Bedrohung lauert überall, man muß sich wappnen. Man muß seine militärischen Strukturen ausbauen und anwen-

den – und zwar dort, wo die politischen und ökonomischen Bedrohungen für BRD und EU entstehen. Das ist die Botschaft an die Meinungsbildner in der Bundesrepublik, die diese Botschaft auf die ihnen vielfältige Weise unter das Volk bringen sollen.

Psychologische Kriegsvorbereitung nennt man so was. Die deutschen Truppen, die schon auf dem Balkan stehen, und die 5000 Soldaten, die sich schon seit einigen Tagen samt militärischem Angriffsgerät auf dem Weg machen, brauchen moralische und ideologische Unterstützung aus der Heimatfront. Aber auch diese Heimatfront muß ideologisch auf den Kriegskurs gleichgeschaltet werden.

Aus: Welt am Sonntag 7.3.1999

Handke nach Serbien! Dichter gehören in den Krieg

Von Günther Nenning

Peter Handke gehört psychiatriert. Mit seinen jüngsten Äußerungen pro Serbien („Mein Platz ist in Serbien, wenn die NATO-Verbrecher das Land bombardieren“) hat sich der verrückte Dichter endgültig vom Westen abgewandt, das heißt von der Vernunft... Es wird nicht schwer sein, für den verrückten Handke einen Psychiater zu finden. Er hat schon einen. Der amtierende Serbenfreund Handke kann beim amtierenden Serbenchef Milosevic in Behandlung gehen, der ist doch Psychiater. Ach so, der Psychiater ist der schon abgehalftete Serbenchef Karadzic, Dr.med und UN-gesuchter Kriegsverbrecher. Na egal, auf dem Balkan herrschen eben ver-

worrene Verhältnisse... Handke ist ein großer Dichter, also nehmen wir ihn doch nicht so ernst. Das tun wir ja sonst auch nicht mit den großen Dichtern. Darf denn ein ernster Dichter nicht der Unterhaltung dienen. Unterhalte uns verrückter Dichter! Handke ist der König Lear auf der kosovarischen Heide, die kärntnerische Pythia mit dem schulterlangen Schlangenhaar, die über der heißen serbischen Bohnensuppe weissagt. Seien wir liebevoll und bissel boshaft und lassen wir ihn. Wenn wir ihn niedermachen, ist es genau das, was er will und braucht. Ein großer Dichter wird zum Märtyrer der bösen Medien. Welch wundervolle Vorbereitung für sein neues Buch im April, sein neues Stück im Mai...

„Der Spiegel“ spottet so gut er kann, also nicht sehr gut: „Dichter in den Bombenstrichter.“ Die Spiegelmenschen haben echt kein Gefühl. Dichter gehören doch in den

Denn auch hier droht für die Militärstrategen Gefahr. Auch hier gibt es ein „Destabilisierungspotential“. Könnte es doch sein, dass sich die Menschen dem Kriegskurs verweigern. Was ist mit denen, die sich nicht gutwillig in das Hauen und Stechen um neue Märkte und strategische Einflussgebiete einreihen? Dies ist kein prophetisches Szenario, sondern aktuelle Realität. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer steigt. Dies kann nicht geduldet werden. Deshalb auch die in den letzten Monaten drakonischen Strafen gegen Totalverteidiger.

Und deshalb auch jetzt wieder die Pressehetze gegen den Schriftsteller Handke. Nicht daß die Aussagen Handkes richtig sind. Sein Bild, als orthodoxer Mönch mit der Waffe in der Hand gegen die Kosovalbaner zu kämpfen, malt ein verzerrtes Bild über angeblich religiös begründete Konflikte auf dem Balkan. Es geht um Landbesitz, Eigentumsverhältnisse, nationale und Sprachenrechte. Aber entscheidend hier ist: Handke legt sich quer und will nicht mitmischen in dem deutschen Hurrapatriotismus und dem Kinkelwort „Serben muß in die Knie gezwungen werden“.

Und das von einem deutschen Dichter den man jahrelang hofiert und erhalten hat. Wo ist da die Dankbarkeit? Am Ende hat er noch Einfluß. Dem muß entgegen getreten werden. Daher die Kampagne die in den rechten Blättern von „Spiegel“ bis „Welt“ über uns hinweg zieht. „Dichter in den Bombentrichter“ schreibt der Spiegel. „Anal-Erotiker“ und Psychopath antwortet die „Welt“, (dazu nebenstehende Auszüge). Das Hamburger Abendblatt schreibt: „So spricht kein ernstzunehmender Autor, aber offenbar legt Handke keinen Wert mehr darauf, außerhalb von Serbien ernst genommen zu werden“. Kein Mensch kann ernsthaft für die Verhältnisse auf dem Balkan sein. So die veröffentlichte Meinung. Spricht man aber einem Menschen die Ernsthaftigkeit ab, hält man ihn fast schon für einen Idioten.

Krieg, ob auf der richtigen Seite oder auf der falschen. Ernst Jünger zog in beide Weltkriege. Enzensberger zog in den Golfkrieg. Handke darf nicht in den Serbienkrieg, der sanfte Dichter nicht ins serbische Stahlbad?

Kennen wir denn nicht den Sado-Masochismus als quälende Quelle der Kreativität der Dichter, zumal der modernen Anal-Erotiker? „Sie können sich ihre Leichen in den Arsch stecken“ – antwortete Handke einem protestierende Zuhörer 1996 im Wiener Akademietheater bei einer Diskussion über sein serbenfreundliches Büchlein „Winterliche Reise zu den Flüssen Donau, Save, Morgwa und Drina.“

Doch schweige ich diskret von Handkes Abgründen. Er hat doch eh einen Psychiater also was soll's. Spießer will ich keiner sein, auch kein Psychiater (Spießer im weißen Mantel)...

Ab in die Irrenanstalt. Das ist die Methode die hier greifen soll.

Das darf man nicht weiter zulassen, das solche Methoden um sich greifen. Sonst wird es dabei nicht bleiben. Die Soldaten ziehen schon ins Feld. Ist man da jetzt dagegen, gibt es noch andere Methoden. Wehrkraftzersetzung, Gefährdung der inneren Sicherheit u.a. dafür gibt es schon die Gesetze und die Strafen, man kann sicher sein, wenn der Protest und die Kriegsdienstverweigerung noch weiter fortschreitet, werden die Kriegstreiber das noch verschärfen wollen.

Die Verweigerung des Kriegsdienstes ist nichts Schandhaftes, sondern bewundernswert und unterstützungswert. Die BRD muß der Kriegsdienstverweigerer unter den Staaten sein. Die sozialistische Opposition in der BRD muß jetzt dafür eintreten, daß nicht der Krieg und die Hegemonie, sondern der Frieden Maßstab für staatliches Handeln ist. Dafür muß man die Auseinandersetzung um die Abschaffung der Gesetze beginnen, die für den Krieg und seiner inneren Mobilisierung sind. Die außerparlamentarische Anti-Kriegsbewegung und die Parlamentarier, die es gegen den Kriegskurs bei SPD, Grüne und PDS gibt, müssen sich hier zusammentun und die Marschrichtung festlegen. Die Ostermärsche stehen bevor. Eine gute Gelegenheit hier ins Gespräch zu kommen. hav

che Ausgaben um umgerechnet eine halbe Milliarde Mark gekürzt. Um eine weitere Flucht in den Dollar zu verhindern, sollen für sechs Monate Sparkonten mit über 800 Mark zur Hälfte eingefroren werden. Andererseits sollen die Privatisierung vorangetrieben und ausländische Investitionen erleichtert werden.

Der Kongreß hat bereits signalisiert, dieses Paket klassischer Sparmaßnahmen nicht zu unterstützen. Deswegen befürchtet die Opposition, Mahuad plane einen „Selbstputsch“ (autogolpe) nach dem Vorbild von Alberto Fujimori, der im südlichen Nachbarland Peru 1992 das Parlament außer Kraft setzte. Der Verteidigungsminister sah sich gezwungen, zu dementieren und rief die Bevölkerung zur Ruhe auf.

In der Bevölkerung, vor allem unter den Armen und der Mittelschicht, macht sich Verzweiflung breit. Der Milchpreis stieg in zwei Tagen um 30 Prozent. Auch andere Lebensmittel verteueren sich täglich, wenn sie überhaupt noch zu kaufen sind. An den Benzinpreis will niemand denken, zumal die Tankstellen seit drei Tagen geschlossen sind. „Mein Umsatz ist um die Hälfte zurückgegangen,“ klagt eine Ladenbesitzerin im Zentrum Quitos. „Und die Kunden bedrohen mich, weil ich die Preise hochgesetzt habe. Aber was soll ich tun?“ In Dollar umgerechnet ist der gesetzliche Mindestlohn von 140 auf 75 Dollar monatlich gesunken.

In zwölf Monaten verfiel der Sucre um 150 Prozent. Allein im Februar verlor die Landeswährung 80 Prozent ihres Werts, nachdem der Wechselkurs freigegeben wurde. Doch nach Ansicht des Wirtschaftsexperten Alberto Acosta handelt es sich um mehr als nur eine Finanzkrise: „Es ist eine Kettenreaktion: Erst die Asienkrise, dann der Crash in Brasilien. Hinzu kommen die Schäden durch das Klimaphänomen El Niño, die unser Land drei Milliarden Dollar gekostet haben.“ Auch der Preisverfall beim wichtigsten Exportgut Erdöl und eine Wirtschaftspolitik, die die Spekulation begünstigt, hätten den Druck auf den Sucre erhöht.

Einigkeit besteht darüber, daß die Auslandsschuld jegliche Entwicklung Ekuadors nahezu unmöglich macht. In zehn Jahren ist sie um 63 Prozent angestiegen. Inzwischen zahlt das südamerikanische Land 40 Prozent seines Staatshaushalts an ausländische Gläubiger. Die Regierung habe versäumt, die Verbindlichkeiten neu zu verhandeln, wie dies Brasilien und Nicaragua gemacht haben, meint Acosta.

Präsident Mahuad sagte den Ekuadorianern, die geplanten Maßnahmen seien „hart und schwierig, aber die richtigen, damit wir mit vereinten Kräften voran kommen“. Doch die Menschen haben das Vertrauen in die Politik längst verloren. Jetzt protestieren sie, wie so oft in den vergangenen Jahren. An eine Besserung der Lage glaubt dabei kaum jemand .

Ekuador

Finanz-Chaos führt zu Generalstreik gegen Sparmaßnahmen

Von Blanca Diego

(Quito, 12. März 1999, npl).- Das Andenland Ekuador steht unmittelbar vor dem Kollaps. Eine schwere Finanzkrise führte zur Abwertung der Landeswährung, die Inflation galoppiert. Anfang der Woche ließ die Regierung alle Banken schließen und kündigte drastische Sparmaßnahmen an. Daraufhin riefen die Gewerkschaften einen 48stündigen Generalstreik aus, landesweit kommt es zu Demonstrationen und spontanen Protesten. Hunderte Menschen sind bei Auseinandersetzungen festgenommen worden, Geschäfte und Schulen bleiben geschlossen und in der Hauptstadt Quito verhängte der Bürgermeister den Ausnahmezustand.

Der konservative Präsident Jamil Mahuad – erst seit sieben Monaten im Amt – gab am Donnerstagabend die Maßnahmen zur Stabilisierung der Landeswährung Sucre und des Haushalts bekannt: Der Benzinpreis wird um über 100 Prozent erhöht, die Umsatzsteuer von 10 auf 15 Prozent abgehoben und öffentli-

„Vergessener Kontinent“?

Große Fragezeichen in Zentralafrika

Auf dem „vergessenen Kontinent“ verlaufen die Konfliktlinien diffus. Nur einige Brandherde: Kämpfe in Angola um die Vorherrschaft im Land, die nur möglich sind, weil sich Europa und die USA mit ihren Interessen ökonomischer Art einmischten. Kämpfe in der „Demokratischen Republik“ Kongo zwischen zahlreichen Fraktionen, die sich jeweils nur zu Zweckbündnissen gebildet haben. Daraus entwickelten sich Auseinandersetzungen in Simbabwe um die daraus folgenden Auswirkungen im eigenen Land. Weiterhin ein blutiges Gleichgewicht im Sudan.

In den letzten Wochen entstanden aus erneuten Kämpfen der ruandischen Hutu, die direkt oder indirekt vom Kongo unterstützt werden, gefährliche Spannungsfelder. Ihre objektive Funktion ist offenbar, die Nachbarländer zu destabilisieren. Nachdem an der Grenze zu Kongo kürzlich 25 Hutu-Anhänger von ugandischen und ruandischen Truppen erschossen wurden, befürchtet man Racheaktionen. Die Entführung der Touristen im Februar mit anschließender „Geiselbefreiung“, bei der einige Tote zurückblieben, die anhaltende Präsenz ugandischer Truppen im Kongo, um die dortige Anti-Kabila-Bewegung zu unterstützen, und im Gegenzug die Unterstützung der Hutu-Rebellion zur Destabilisierung von Uganda und Ruanda – das sind nur einige Elemente einer (von außen gesehen) generellen Kriegsentwicklung. Vergessene Kriege, schwer durchschaubar.

Es gibt keine Anzeichen, inwieweit die jeweiligen regionalen Entwicklung zusammenhängen. Eine internationale Einmischung mit einer einheitlichen Stoßrichtung ist ebensowenig festzustellen. Gleichwohl ist die Politik der USA einerseits wie andererseits die Politik der ehemaligen Kolonialmächte Europas bestrebt, den regionalen Einfluß zu erhalten, wer immer gerade aktuell die lokalen Machthaber sind. Es gelang ihnen in der Vergangenheit nicht, die Konflikte zu begrenzen, im Gegenteil: heute sind auch in der Zentralafrikanischen Republik, in Tansania und Kenia Stützpunkte dieser rivalisierenden Kräfte zu erkennen.

Deo Lukyamuzi, ein Sprecher der Panafrikanischen Bewegung PAM in Nairobi, sieht die einzige Richtung für eine Lösung zunächst in dem Willen der afrikanischen Regierungen, sich gemeinsam auf einen Weg zu einigen. „Die Zukunft der Region hängt völlig von den dort lebenden Völkern ab. Es bringt nichts, unsere Probleme lösen zu wollen, indem wir die internationale Gemeinschaft um Hilfe anrufen.“ Ein Problem sieht er allerdings in dem aus Tradition bestehenden Konsens der OAU (Organisation Afrikanischer Länder), sich nicht in die inneren

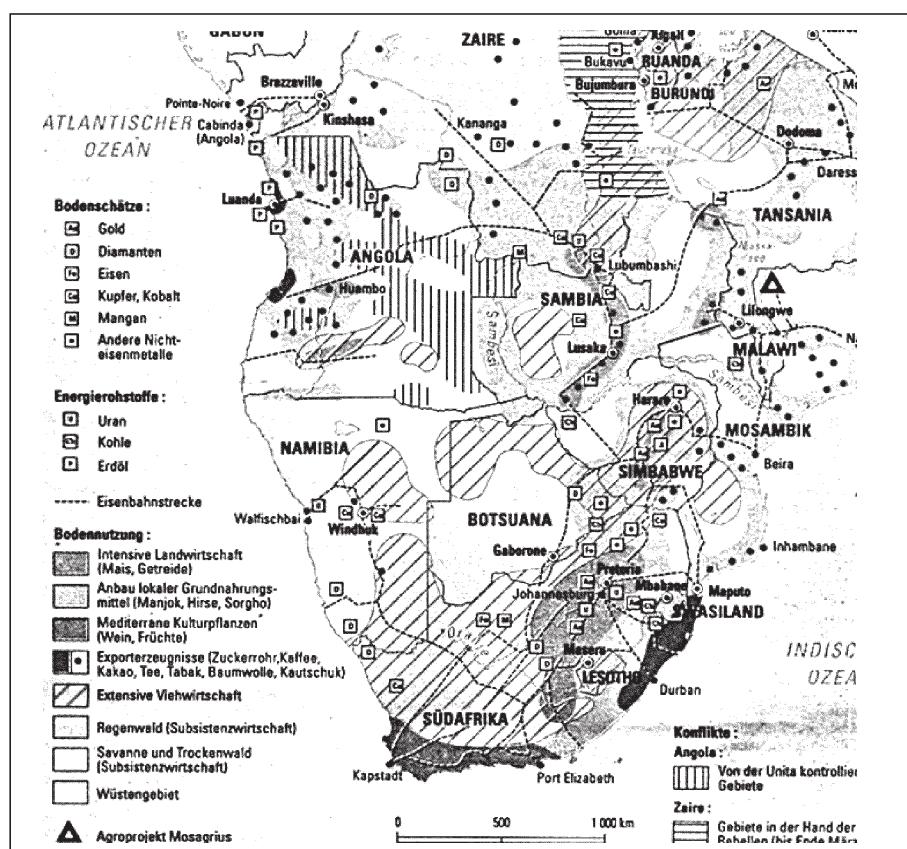
Angelegenheiten einzumischen. Hier müsse eine Revision erfolgen, die OAU müsse eine aktivere Rolle gegenüber den Problemlösungen für die Region einnehmen.

Die Regierung von Simbabwe ist aus innenpolitischen Gründen in Bedrängnis geraten. Zunächst trat sie gemeinsam mit Namibia, zunächst noch Angola und Tschaud für die Unterstützung Kabillas ein, was zu erheblichen, kostspieligen Operationen im Nachbarland führte. Nun mehr sollen mit Hilfe Simbabwes die UNITA-Truppen in Angola selbst angegriffen werden, um die Regierung in Luanda zu stützen. Diese Beteiligung an einem Mehrfrontenkrieg ist in Harare umstritten. Am 13.3. war erneut eine Demonstration durch die Nationale Versammlung geplant, ein Zusammenschluß von Kirchen, Gewerkschaften, Menschenrechtsgruppen und Studierenden. Diese Einsätze, so die Kritik, würden mehr als eine Million Dollar pro Tag kosten. Bilaterale Initiativen würden auch diesen Konflikt nicht beilegen, es müsse eine multilaterale Anstrengung erfolgen. Hierzu solle die SADC (Entwicklungsgemeinschaft für das südliche Afrika) nützlich sein. Angesichts des hohen Ausbildungstands auch der UNITA-Truppen würde Simbabwe bei einem militärischen Einsatz nur verlieren. Die ökonomischen Probleme des eigenen Landes würden sich nur noch intensivieren, wie der letzte Nagel beim eigenen Sarg, so ein Wirtschaftsbeobachter. Hieraus könnten sich die innenpolitischen Bedingungen für Mugabe nur verschlechtern. IWF und EU haben sich bereits an die Regierung gewandt und die Suspendierung ihrer

Kredit-Unterstützung angekündigt.

Für den Kongo-Kinshasa hat sich seit mehr als einem Jahr keine Stabilisierung der Situation eingestellt. Das Land ist praktisch in verschiedene Sektoren geteilt. Aus dem Süden des Landes haben in den letzten Wochen mehr als 4.000 Flüchtlinge in Sambia Schutz gesucht. Ursache ist der Angriff von Anti-Kabila-Kräften. Dies führte auch dazu, daß die über Sambia laufende Ölversorgung in der Lumbumbashi-Region (Katanga) gestört ist. Kompliziert wurde die Unterstützung für Kabila ebenfalls durch anhaltende Spannungen zwischen Sambia und Angola. Um diesen Faktor zu neutralisieren, hat Kabila inzwischen in Nigeria um militärische Unterstützung nachgefragt. Er hatte im letzten Monat seine Regierung aufgelöst und seitdem etliche Probleme, eine neue Zusammensetzung – mit Rücksicht auf vielfältige Interessen – zu erreichen. Auch dieses Merkmal zeigt die anhaltenden Schwierigkeiten, eine nationale Bündelung der Kräfte zu erzielen.

Von außen gesehen sind die Konfliktzonen nicht klar gegeneinander abgrenzbar. Dennoch haben sie jeweilige regionale Ursachen. Man mag sich dann noch wundern, wie internationale Interessen angesichts dieses „Durcheinanders“ definiert werden sollen. Um so mehr kommt es für die USA oder Frankreich derzeit wohl nur darauf an, „vielseitig zu operieren“, die jeweiligen Bündnispartner nicht zu enttäuschen und gleichzeitig trotzdem auf die oppositionellen Entwicklungen Einfluß zu nehmen, um notfalls auch mit diesen Kräften ihre strategischen Ziele zu erreichen. (mc)





GRIECHENLAND: PROTESTE GEGEN NATO- UND DEUTSCHE PANZER

Eine Gruppe von Mitgliedern der Kommunistischen Partei Griechenlands blockierten in Thessaloniki einen Zug mit NATO-Panzern, der auf dem Weg nach Makedonien war. Der Personenzug transportierte auch Soldaten. Bei dem Militärgerät handelte es sich um deutsche Leopardpanzer, die bei dem Kosovoinsatz der Bundeswehr zum Angriff kommen sollen. Ca. eine Stunde wurde die Bahnlinie blockiert. Die kommunistische Partei Griechenlands will ihre Aktionen in den nächsten Wochen noch verstärken.

Demonstration in Brüssel gegen die 50-Jahr-Feiern der NATO

In Brüssel, am NATO-Hauptquartier, findet anlässlich des 50. Jahrestages des atlantischen Kriegsbündnisses am kommen den 3. April, also Ostersamstag, ab 14 Uhr eine internationale Kundgebung für den Frieden statt.

Initiator ist die belgische Anti-Imperialistische Liga (LAI). Zu den Organisatoren gehören außerdem verschiedene studentische Gruppen und VREDE, die belgische Sektion des Weltfriedensrates. Im Anschluß an die Kundgebung, bei der vor allem Opfer der NATO-Kriege zu Wort kommen sollen, wird ein Demonstrationszug zum Sitz der NATO führen. Ziel ist es, das NATO-Hauptquartier einzukreisen.

Der Protest soll sich insbesondere gegen die laufenden völkerrechtswidrigen Kriegshandlungen der NATO und ihrer Mitgliedsstaaten gegen den Irak und den Balkan richten.

Das AIF wird zusammen mit dem Anti-Imperialistischen Forum Luxemburg Mitfahrtgelegenheiten für die Tagesfahrt nach Brüssel organisieren und zwar von Berlin, Hannover, Köln-Bonn, Frankfurt/Main-Darmstadt und Trier-Luxemburg aus.

Alle, die in Ergänzung der traditionellen Ostermärsche in Deutschland auf internationaler Ebene für den Frieden aktiv werden wollen, sind herzlich eingeladen, an dieser Kundgebung teilzunehmen.

(weitere Infos beim Anti-Imperialistischen Forum Deutschland (AIF). Kontakt: Berckhusenstraße 13, 30625 Hannover, Telefon 0511/5331064, E-Mail: oeli1917@aol.com)

Scharping verteilt deutsche Truppen in alle Welt

Die BRD will sich bei künftigen Einsätzen der UNO stärker beteiligen. Das hat Bundesverteidigungsminister Scharping bei seinen Gesprächen, die er mit UN-Generalsekretär Kofi Annan in New York führte, versprochen.

Es gehe um Fernmeldeaufklärung, Feldjäger, Pionier- und Transportkapazitäten, Logistik und Stäbe. Zusätzlich habe er angeboten, die Ausbildungsstätte der Bundeswehr für internationale Einsätze in Hammelburg auch für die UNO zu nutzen.

Es stellt sich da ja jetzt die Frage, wie so die Bundeswehr, die bisher, wenn überhaupt, Truppen nur im Rahmen der UNO stellen konnte, eine Schule für internationale Einsätze unterhält, die offenbar keinerlei Beziehung zur UNO hatte. Denn die wurde ja jetzt erst angeboten.

Aber die neue Bundesregierung hält es da sowieso freimütiger mit den völkerrechtsverbindlichen Regelungen. Auf die Frage eines Journalisten zum Gewaltmonopol der UNO antwortete Scharping lapidar, angesichts der Lage im Kosovo sei es „relativ belanglos, ob wir da eine fein zisielierte juristische Debatte führen“.

Die NATO rückt 600 Kilometer weiter nach Osten vor

Polen, Ungarn und die Tschechische Republik wurden am 12. März 1999 offiziell in die NATO aufgenommen.

Der kapitalistische Militärpakt rückt damit an die Grenze von Weißrussland vor, 600 Kilometer näher an Moskau als bisher. In Rußland werden schon Militärszenarios entwickelt, mit alliierten Bom-

bern gegen russischen Städte tief im Hinterland und dem Einsatz von Bodentruppen. Der Vorsitzende des „Rates für Außen und Sicherheitspolitik“ Karaganow spricht von einer potentiellen Bedrohung Rußland. Mit dieser Ausweitung der NATO werde man sich nicht abfinden.

Dieser Schritt sei eine Abweichung von allen bisherigen Verpflichtungen im europäischen Rahmen.

In der Duma hat sich eine „Anti-Nato Gruppe“ gebildet. Vom Faschisten Schirinowski über die Sjukanow-KP bis zur Partei des ehemaligen Ministerpräsidenten Tschernomyrdin hat sich dort alles versammelt. Die Parlamentarier planen ein militärisches Beistandsabkommen mit Weißrussland.

Hintergrund für diese Aktionen ist der neue Wehrreformplan des NATO-Neulings Polen. Der Plan sieht zwar eine Reduzierung der Truppen um 60.000 auf 180.000 Mann vor, zugleich aber eine massive Verlegung von Einheiten nach Ostpolen, an die Grenze zu Weißrussland und zum Kaliningrader Gebiet.

Hinzu kommt eine weitere krisentreibende Maßnahme der polnischen Regierung. Dieser Tage weigerten sich die polnischen Behörden, russischen Unternehmern, die in Warschau tätig sind, die Aufenthaltszeitlizenzen zu verlängern. Die Begründung: „Gefahr für die Interessen der nationalen Sicherheit“.

Gleiches droht nun 130 Unternehmen aus Polen, die in Rußland tätig sind.

USA: Knappe Mehrheit im Kongreß für Balkantruppe

Mit knapper Mehrheit hat das Repräsentantenhaus in den USA Präsident Clintons Plan zur Entsendung von amerikanischen Truppen auf den Balkan unterstützt.

Die Abstimmung über eine nichtbindende Entschließung folgte auf eine kontroverse Debatte über Clintons Außenpolitik vom Balkan bis China.

Schon seit Wochen mobilisieren führende amerikanischen Außenpolitiker, wie zum Beispiel der ehemalige Außenminister Kissinger, gegen die Außenpolitik Clintons. Offenbar gibt es in den USA einen Streit über strategische außenpolitische Ziele der amerikanischen Bourgeoisie.

Daher fiel wohl das Ergebnis der Abstimmung äußerst knapp aus: 219 Abgestimmte stimmten für und 191 Abgeordnete gegen den Einsatz von US-Truppen auf dem Balkan.

Das Repräsentantenhaus fordert aber auch verstärkte Konsultationen mit dem Kongreß. Unterdessen hat der von Clinton als Sondervermittler auf den Balkan geschickte ehemalige Senator Dole die Führer der UCK heftigst kritisiert. Sie seien wortbrüchig und machten „Spielchen“ mit einem Friedensvertrag; er sei davon „angewidert“.

(Zusammenstellung: hav)

Breites Bündnis gegen die CSU – Kampagne

Ca. 4000 Münchnerinnen und Münchner verschiedenster politischer Couleur machten am vergangenen Samstag, den 13.3., deutlich, dass sie sich nicht von der rassistischen Kampagne der Unionsparteien gegen die Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunde ohne deutschen Pass aufhetzen lassen. Die politische Vielfalt dieser, für Münchner Verhältnisse, großen Demonstration, lässt sich an der Liste der Redner ablesen. So sprachen: Sonja Wild, Landesvorstand des SPD; Michael Wendt, Landesvorsitzender der ÖTV; Claudia Roth, MdB Bündnis 90/ Die Grünen; Claus Schreer, Münchner

Bündnis gegen Rassismus; Sima Soraya, Landesvorsitzende der PDS; Memo Arikhan, Kurdistan Zentrum München; Pavlos Delkos, AG der Ausländerbeiräte Bayerns; Monika Prestel und Leo Mayer, DKP München und Europaparlamentskandidat der PDS. Am vorhergehenden Tag war in der Koalition der Gesetzentwurf zur doppelten Staatsbürgerschaft beschlossen worden. Trotzdem beteiligten sich viele Mitglieder und Sympathisanten der Regierungsparteien an der Demonstration. Dies lässt hoffen, dass der Kampf für eine wirkliche Gleichberechtigung aller Menschen, die hier leben, auch nach dem Zurückweichen der Regierung vor dem reaktionären Mob, stärker denn je weitergeht. (jok)



Hungerstreik in Glaskoor und anderen deutschen Gefängnissen

HAMBURG. Über 100 kurdische und türkische Gefangene in mindestens 15 deutschen Haftanstalten waren nach der heimtückischen Verschleppung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan in die Türkei in den Hungerstreik getreten. Ihr Protest richtet sich gegen die Verschleppung und den staatlichen Terror des türkischen Regimes. In den Abschiegefängnissen in Glaskoor und Büren (NRW) protestieren die Gefangenen auch gegen die Abschiebepraxis der BRD. Der Hungerstreik ist inzwischen beendet. In der Hungerstreikerklärung aus der JVA Glaskoor hieß es u.a.:

„Wir als kurdische Gefangene werten die grundlosen Abschiebungen als Ergebnisse der gegen unser Volk gerichteten Politik des deutschen Staates und als Verletzungen der Menschenrechte ...“

Es ist eine Wahrheit, daß Tausende von Kurdinnen und Kurden zur Zeit festge-

nommen sind. Es ist auch der türkischen Öffentlichkeit bekannt, daß die Mitglieder der einzigen die Rechte des kurdischen Volkes vertretenden Partei, HADEP, festgenommen und mit dem Tod bedroht werden. Es ist auch eine Wahrheit, daß das Recht zu wählen dem kurdischen Volk entzogen worden ist.“

Wehrmachtsausstellung sehr gut besucht

KIEL. Etwa 70 000 Besucher und Besucherinnen sahen sich die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung in Kiel an – deutlich mehr als erwartet. Zusätzlich besuchten mindestens 5000 Teilnehmer und Teilnehmerinnen die Begleitveranstaltungen in Kiel, über Veranstaltungen anderorts gibt es noch keine Zahlen. Damit war in Kiel der drittgrößte Besucherandrang nach München (100.000 Besucher) und Frankfurt a.M. (90.000 Besucher). Aus Elmshorn kamen nach unseren Kenntnissen wenig-

stens drei Besuchergruppen: Leute vom Antifaschistischen Trägerkreis, SPD-Senioren und Schüler und Schülerinnen.

dm

Gedenken an die Geschwister Scholl in Hamburg-Volksdorf

HAMBURG. Rund 100 Menschen gedachten am Sonnabend, den 27.2., bei einer traditionell im Februar im Hamburger Stadtteil Volksdorf stattfindenden Kundgebung der von den Nazis ermordeten Mitglieder der antifaschistischen Widerstandsgruppe „Weiße Rose“.

Bei der von der Kreisvereinigung Wandsbek VVN-BdA organisierten und u.a. von der Friedensinitiative Rahlstedt, der DKP, der SDAJ, dem DFV und anderen Organisationen unterstützten Veranstaltung erinnerte Helmuth Sturmhöbel, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe e.V., an den Hamburger Zweig der „Weißen Rose“ und forderte, in ihrem Sinne Stellung gegen die heutige Politik der Herrschenden zu beziehen, die wieder „Soldaten zu Mördern“ machen wolle. „Neben dem Gedenken, denn die Untaten der Faschisten dürfen nie vergessen werden“, so Sturmhöbel, „müssen wir aber auch immer wieder aufzeigen, wo die Brandstifter von heute sitzen. Wenn, wie in Guben, eine Meute von Glatzen Menschen jagt, nur weil sie anders aussehen und anders sprechen als wir, so haben dies Volksverhetzer wie der bayerische Ministerpräsident Stoiber mit zu verantworten, der von durchmischt und durchrasster Bevölkerung als einer Bedrohung für Deutschland spricht. Natürlich gehört dazu auch die Unterschriftensammlung gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. Diese verbale Hetze ist die Softvariante der Mordhetze auf Fremde. Sie fördert Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.“

Die Kundgebung wurde von antifaschistischen Liedern umrahmt, anschließend wurden am Gedenkstein auf dem Platz „Weiße Rose“ Blumen zum Gedenken an die Opfer niedergelegt.

Presseinformation der VVN-BdA

KÖLN. Ca. 10 000 kurdische Frauen demonstrierten am 13. März im Zusammenhang mit dem internationalen Frauentag für eine politische Lösung in Kurdistan. Auf der Kundgebung sprach eine Vertreterin der freien Frauenbewegung Kurdistans und die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Lötzter. In ihrer Rede kritisierte sie die Repression in Türkei/Kurdistan. Insbesondere die Frauen seien einer großen Unterdrückung ausgesetzt. Sie forderte eine internationale Kurdistankonferenz. Die Demonstration



verlief ohne weitere Zwischenfälle. Bei der Rückreise hielt die Polizei einen Bus aus der Schweiz, in dem auch viele Kinder waren, 8 Stunden lang fest.

jöd

„Global denken – lokal handeln!“

Vorschläge antirassistischer Initiativen zur Lokalen Agenda 21 in Essen

In Kooperation mit dem Eine-Welt-Forum und dem Runden Umwelttisch hatte die Stadt Essen im Februar zu einer Auftaktveranstaltung für die „Lokale Agenda 21“ eingeladen. Das Motto des im Vergleich zu anderen Städten eher späten, aber gut besuchte Auftaktes: „Mitmachen – Mitwirken – Mitgestalten“. Dabei brachten auch das Interkulturelle Zentrum/Anti-Rassismus-Telefon und Pro Asyl/Flüchtlingsrat eine Stellungnahme in die Diskussion ein, die Forderungen zur Situation der Flüchtlinge und Migranten enthalten. Reaktionen von Stadtofficialen sind uns nicht bekannt. Die Forderungen werden jedoch in die weitere Diskussion eingehen.

syb, wof

In Essen leben Menschen aus mehr als 150 Nationen: Geschäftleute, Arbeiter/innen, Student/innen, freiwillige Migrant/innen und Flüchtlinge – Arme und Reiche. In ihrer Zusammensetzung spiegelt die Essener „Völkergemeinschaft“ globale Maßstäbe. Die Probleme und die Aufgaben der „Einen Welt“ finden sich in unserer Kommune wieder.

Als Richtschnur und Bezugspunkt für eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung schlagen wir daher eine Übersetzung der Charta der Vereinten Nationen auf die lokale Ebene und die Gegenwart vor:

Fest entschlossen
- zur ökologischen und sozialen Entwicklung beizutragen,
- die Würde und die Grundrechte aller Menschen und Nationen weltweit und in unserer Stadt zu respektieren,
- Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt unabhängig von ethnischer oder nationaler Zugehörigkeit zu fördern und für diese Zwecke
- die ökologische und soziale Umwelt zu schützen,
- als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben,
- Grundsätze anzunehmen und Verfahren einzuführen, die sozialen, rassistischen und gewalttätigen Konflikten den Boden entziehen und zur Erreichung dieser Ziele zusammenzuwirken.

In diesem Sinne stellen Pro Asyl/Flüchtlingsrat Essen und Interkulturelles Solidaritätszentrum e.V./Anti-Rassismus-Telefon Essen folgende Projekte zur Diskussion:

1. Kommunale Härtefallkommission

Die Ausweisung und Abschiebung von Menschen ohne deutschen Pass stellt oftmals eine unzumutbare Härte dar, auch wenn sie dem geltenden Gesetz entspricht. Auf kommunaler Ebene gibt es keine Institution, an welche sich Betrof-

fene oder BürgerInnen mit der Bitte um ein Bleiberecht wenden können.

Wir schlagen vor, Härtefallkommission und Petitionsausschuss NRW eine Kommunale Härtefallkommission analog der Landeskommision vorzuschalten.

Begründung:

- Eine kommunale Kommission kann schneller handeln, da die Zahl der Härtefälle kleiner ist.
- Die besondere Härte einer Abschiebung ist am Wohnort der Betroffenen besser zu ermitteln.

- Eine kommunale Empfehlung repräsentiert einen kommunalen Konsens und hat für die Ausländerbehörde grössere Verbindlichkeit.

Mitglieder einer Kommunalen Härtefallkommission sollten sein: VertreterInnen der Behörden, der Ratsparteien, des Ausländerbeirates, der betreuenden Verbände und Pro Asyl/Flüchtlingsrat Essen.

Die Ausarbeitung der Verfahrensgrundsätze wäre Aufgabe einer AG der Lokalen Agenda 21. Pro Asyl und Interkulturelles Solidaritätszentrum sind zur Mitarbeit bereit.

2. Unabhängiger multikultureller Anti-Diskriminierungsrat

Diskriminierung im Alltag und in Institutionen ist nach wie vor Bestandteil der multikulturellen Gesellschaft. Neue Formen des Rassismus breiten sich aus. Selbst wenn es ein Antidiskriminierungsgesetz gäbe, würde es wenig dazu beitragen, die „Interkulturelle Orientierung“ der Gesellschaft zu fördern und Konflikte zu bearbeiten. Auch ein/e Diskriminierungsbeauftragte/r oder Ombuds*männer* würden dieser Anforderung nicht ausreichend genügen.

Wir schlagen daher die Einrichtung eines multikulturellen und unabhängig arbeitenden Anti-Diskriminierungsrates vor.

Begründung:

- Benachteiligung und Ausgrenzung sind nicht nur objektiv fassbare und einklagbare Sachverhalte. Diskriminierung findet meistens im rechtsfreien Raum statt und muß dem diskriminierenden Part aufgrund mentalitätsgeprägter Vorurteile nicht einmal bewußt sein. Die sachgemäße Prüfung von Beschwerden erfordert daher eine multiperspektivische Sichtweise. Sie wird durch die Einbeziehung von Vertretern der diskriminierten Minderheiten gewährleistet.

- Diskriminierung findet auch in städtischen und staatlichen Einrichtungen statt. Um sicherzustellen, daß diesbezügliche Beschwerden aufgegriffen werden, ist die Unabhängigkeit eines Diskrimi-

nierungsrates notwendig.

- Beurteilungen von Beschwerden und mögliche Eingriffe können leichter akzeptiert werden, wenn ein anerkanntes, multikulturelles und unabhängiges Gremium hinter ihnen steht.

Zusammensetzung, Aufgabenbestimmung und Verfahrensweisen wären durch eine Arbeitsgemeinschaft der Lokalen Agenda 21 zu entwickeln.

Interkulturelle Solidaritätszentrum/Anti-Rassismus-Telefon und Pro Asyl sind zur Mitarbeit bereit.

3. Rechtshilfefonds für Flüchtlinge im Asylbewerberleistungsgesetz

Zur Durchsetzung ihres Bleiberechts sind Flüchtlinge auf Beratung und Vertretung durch Rechtsanwälte angewiesen. Niemand, der das Recht auf politisches Asyl oder auf Schutz vor Folter, Todesstrafe und Freiheitsberaubung beanspruchen will, kann dies heutzutage ohne juristische Begleitung tun.

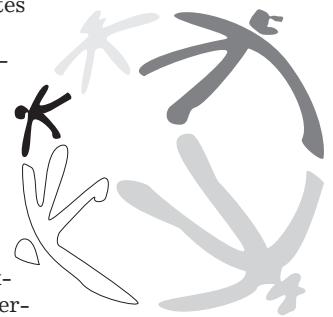
In Essen erhalten Flüchtlinge im Asylverfahren und im Duldungsstatus Barleistungen (in anderen Kommunen nur Taschengeld und Sachmittel). Da die Barleistungen nur 80% des Sozialhilfesatzes ausmachen, Beihilfen nicht vorgesehen sind, und die Aufnahme von Arbeit verboten ist, liegen ihre monatlichen Einkünfte weit unter dem Existenzminimum. Das hat zur Folge, daß sie sich in vielen Fällen keinen Rechtsbeistand leisten können.

Wir schlagen vor, unter Schirmherrschaft von Stadt und Verbänden einen kommunalen Rechtshilfefonds ins Leben zu rufen und bei einer Institution der Flüchtlingsbetreuung anzusiedeln. Seine Finanzierung sollten private und öffentlich-rechtliche Geldgeber gewährleisten.

Modalitäten und Verwirklichung des Fonds wären im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft der Lokalen Agenda 21 zu erarbeiten.

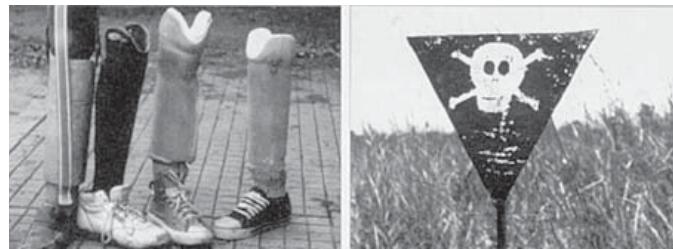
Pro Asyl und Interkulturelles Solidaritätszentrum sind zur Mitarbeit bereit.

Gemeinsame Stellungnahme des Interkulturellen Zentrums e.V./Anti-Rassismus-Telefon Essen und Pro Asyl/Flüchtlingsrat Essen, Kontakt:
Maxstr. 11, 45127 Essen. Tel. 0201/20539



**Volmer kündigt Erhöhung der Mittel für
humanitäres Minenräumen um 10% an**

45 312 Unterschriften gegen neue Landminen



BONN. Während der Haushaltsberatungen des Deutschen Bundestages am 25. Februar 1999 übergab die Initiative „Keine Mark für neue Minen“ dem deutschen Außenminister über 45.000 Unterschriften gegen neue deutsche Minen, von denen auch einige in Augsburg gesammelt wurden. Noch im Etat 1998 waren knapp 100 Millionen Mark für neue Minensysteme und militärisches Minenräumgerät vorgesehen.

In Vertretung des wegen dringender Termine verhinderten Außenministers nahm Staatsminister Ludger Volmer die Listen entgegen. Er sagte, das Auswärtige Amt setze sich für ein vollständiges Verbot aller Arten von Landminen ein, doch könne dies international nur im Konsens mit den NATO-Partnern erfolgen. Bevor hier ein Durchbruch erzielt werde, müßte zunächst die NATO-Strategie geändert werden, die immer noch auf den Einsatz von Landminen gegen Panzer und andere Fahrzeuge setzt. Über die im Bundeshaushalt 1999 (Etat des Verteidigungsministeriums) vorgesehenden Mittel für neue Minensysteme konnte Volmer keine Angaben machen. Der Staatsminister gab aber bekannt, daß das Auswärtige Amt die Mittel für humanitäres Minenräumen um 10% auf über 20 Millionen Mark erhöhen werde.

Den UnterzeichnerInnen, die mit ihrer Unterschrift eine „drastische Erhöhung der Mittel“ forderten, sei dies zu wenig, sagte Kampagnensprecher Wolfgang Menzel (RIB). Volmer entgegnete, angesichts einer „Verfügungsmasse“ des Auswärtigen Amtes von insgesamt 300 Millionen Mark für besondere Aufgaben sei dies ein hoher Anteil. Gleichzeitig sicherte er zu, daß künftig strengere Richtlinien für die Vergabe der Mittel für Minenräumung gelten und darauf geachtet werde, daß nicht wie bisher die Industrie, sondern verstärkt humanitäre Hilfsorganisationen in den Genuss der Förderung kämen.

Wolfgang Menzel forderte Volmer und insbesondere Außenminister Fischer auf, sich im Kabinett gegen die weitere Verwendung von Steuergeldern für Entwicklung und Produktion neuer Landminen einzusetzen. Er überreichte Volmer eine neue Aktionspostkarte der Nachfolgekampagne „Deutsche Minen stoppen“, die an Verteidigungsminister Scharping gerichtet ist. Volmer regte eine parlamentarische Initiative von Bundestagsabgeordneten gegen Anti-Fahrzeugminen an. Zuvor hatte vor dem Haus der Geschichte in Bonn eine Mahnwache stattgefunden, auf der auch ein Modell

der neuesten Landmine der Bundeswehr, der PARM 1 von Daimler-Chrysler, gezeigt wurde. Die Mahnwache wurde unterstützt vom Netzwerk Friedenskooperative und vom Frauennetzwerk für den Frieden.

Die öffentliche Übergabe der Unterschriften während der Haushaltsberatungen und wenige Tage vor Inkrafttreten des Ottawa-Abkommens in Deutschland zeigt, daß sich seit dem Regierungswechsel doch etwas geändert hat – zunächst atmosphärisch und hoffentlich bald auch konkret politisch. Doch dazu müssen die außerparlamentarischen Basisbewegungen ihren Druck aufrechterhalten und sogar noch verstärken. Denn die Rollenverteilung ist trotz rot-grüner Koalition die gleiche geblieben: Dort die Regierung – hier die sozialen Bewegungen. Die Initiative, der Druck muß wie bisher auch weiterhin von unten, aus der Bevölkerung kommen. Woher denn sonst?

Wolfgang Menzel, Rüstungs-Informationsbüro Baden-Württemberg, RIB

Warum die NPD am 1. Mai in Bremen marschieren will

BREMEN. Überraschung löste die Ankündigung der NPD aus, in Bremen eine eigene bundesweite Kundgebung zum 1. Mai durchzuführen. Man wolle unter dem Motto „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche!“ demonstrieren und u.a. mit dem Parteivorsitzenden Voigt eine Abschlußkundgebung vor dem Mercedes-Benz Werk durchführen. Man rechne mit einer Teilnehmerzahl von 5.000.

Was sind die Hintergründe für diese großspurige Ankündigung? Als Wahlerfolg würde der NPD bereits das Überschreiten der 1%-Hürde gelten. (Zuletzt waren es 0,14%) Denn dies bedeutete Staatsknechte in Form von Wahlkampfkostensternstattung. An einen Durchbruch bei den Bremer Wahlen wird man wohl selbst bei den Veranstaltern kaum glauben, denn mit einem eher passiven und kleinen Landesverband ist derzeit an ein erneutes „Bremer Modell“ nicht zu denken. (Zur Vorgeschichte der NPD gehörte das Bündnis der neofaschistischen „Deutscher Reichspartei“ mit den konservativen Parteien „Deutsche Partei“ und „Bund der Heimatvertriebenen und Entdechteten“, das 1963 in die Bürgerschaft

einzug und welches in der NPD aufging. 1987 zog mit Hans Altermann für die „Liste D“ aus NPD und DVU zum ersten Mal seit Ende der 60er wieder ein Neofaschist in einen Landtag ein.) Die Gründe für dieses Vorhaben dürften nicht zuletzt bundespoltischer Natur sein, was die Gefahren für die politische Situation in Bremen jedoch nicht verringert. Die NPD betreibt spätestens seit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Udo Voigt 1996 eine Brechstangen-Taktik. Sichtbar wird dies durch die laufende Verschärfung des Tonfalles hin zu nationalsozialistischem Vokabular, durch den zahlenmäßig erheblichen Zustrom jüngerer und offen neonazistischer Personen und durch ständige provokative Aufmärsche. Diese Taktik ist für die NPD risikoreich. Rückschläge, u.a. durch erfolgreiche Gegenmobilisierung, mußten eingesteckt werden.

Die Entscheidung für den Ort Bremen bedeutet den Versuch, durch eine weitere Steigerung Ermüdungserscheinungen aufzuhalten und die erst jüngst zur NPD gestoßenen aktionistisch orientierten Kreise zu halten: Kurz gesagt handelt es sich um eine Taktik der Integration durch Eskalation. Das „Erfolgserlebnis“ soll darin bestehen, in eine als „linke Hochburg“ geltende Stadt einzumarschieren und sie symbolisch zu besetzen. Alle demokratischen Kreise sollen eingeschüchtert und gleichzeitig die Stärke des „nationalen Widerstands“ medienwirksam demonstriert werden. Es gehört zur erklärten Taktik der NPD-Führung die „Todschweigespirale der Medien“ durch spektakuläre Aktionen zu durchbrechen und sich dadurch wieder „in das Bewußtsein der Bevölkerung zu rücken“, wie es in der Parteizeitung heißt.

Der Stoß geht am 1. Mai gegen die Gewerkschaften, deren Mitglieder durch soziale Demagogie, durch den Appell an den Inneren Schweinehund demoralisiert und gegen ausländische KollegInnen und alle „Schwachen“ aufgehetzt werden sollen. Ein weiterer wichtiger Grund für die Wahl Bremens dürfte die Person des Innensenators sein, der zweifellos mit einigen Aspekten der NPD-Agitation konform geht. Tatsächlich erklärte sich Borttscheller nicht etwa als erstes gegen den Neonazi-Aufmarsch, sondern gegen „Straßenschlachten zwischen Rechtsradikalen und Gewerkschaftern“. Ansonsten wolle man das Ansinnen der NPD „sehr sorgfältig prüfen.“

In einer Presseerklärung kündigte der Landesvorsitzende der VVN-BdA, Raimund Gaebelein, an, daß die VVN-BdA

mit allen juristischen und politischen Mitteln gegen die NPD vorgehen werde. Gleichzeitig rief er alle demokratischen Kräfte Bremens auf, die NPD-Provokation gemeinsam deutlich zurückzuweisen. Mittlerweile hat sich bereits ein Bündnis „Kein Nazi-Aufmarsch in Bremen“ gegründet.

Thomas, AG Neofaschismus VVN-BdA

Bundeswehr-Gelöbnis in Dinkelsbühl

300 Soldaten in fränkischer Kleinstadt/Gegenveranstaltung am 21. März

DINKELSBÜHL. Obwohl Dinkelsbühl im 30-jährigen Krieg nicht durch Waffengewalt sondern durch eine Waisenkinderschar vor der Zerstörung gerettet wurde, plant die Bundeswehr, am Mittwoch, den 24. März 1999 ein Gelöbnis mit 300 Soldaten in der fränkischen Kleinstadt zu veranstalten. Das Großteil der Rekruten wird aus dem baden-württembergischen Ulm über die bayerische Landesgrenze eingeflogen.

Zunehmend im „ruhigen Hinterland“ veranstaltet die Bundeswehr ihre öffentlichen Gelöbnisse, wohl in der Hoffnung, diese ohne kritische Öffentlichkeit über die militarisierte Bühne zu bringen. Im vergangenen Jahr hatte man den 3000-Seelen-Ort Dürrwang auseckoren, nun ist es das mittelalterliche Dinkelsbühl. Vor dessen historischen Fachwerkkulissee dürfte sich auch ein Fackelmarsch ganz malerisch ausnehmen.

Geplant sind von offizieller Seite zumindest eine Waffenschau am Schweinemarkt (über die der Gemeinderat aber einen Tag vor dem Gelöbnis noch abstimmen darf), ein Gottesdienst in der St.-Georgs-Kirche um 17 Uhr und das eigentliche Gelöbnis anschließend im Schrannenfestsaal und am Weinmarkt. Alle Lokalitäten befinden sich inmitten der Altstadt.

Doch nicht ganz Bayern befindet sich fest in der Hand von Scharpings Truppen: Ein kleines Häuflein Unverzagter probt zwar nicht den Widerstand gegen das Bundeswehr-Gelöbnis, setzt aber zumindest eine eigene Veranstaltung dagegen: „Frühlingserwachen ohne Waffen“. Am 21. März (Sonntag) wird ab 18 Uhr im Konzertsaal/Spital zunächst über die Möglichkeiten zur „Kriegsdienstverweigerung“ informiert. Ab 19.30 Uhr wird der Text „Eine lange, lange Straße lang“ von Wolfgang Borchert mit Musik vorgelesen. Informationsstände verschiedener Initiativen der Region runden die Veranstaltung ab. Und auch wenn die Gegen-Veranstalter im Gegensatz zur Bundeswehr für die Überlassung der Räumlichkeiten an die Stadt Dinkelsbühl bezahlen müssen: Der Eintritt ist frei.

Erwerbsloseninitiativen trafen Arbeitsminister

„Mehr Druck von unten notwendig“

„Wir haben einen Fuß in der Tür“ einen Gesprächszugang auf oberster Ebene“, so ein Teilnehmer nach dem Treffen zwischen Erwerbsloseninitiativen und Arbeitsminister Walter Riester (SPD). „Doch damit sich am Verhandlungstisch etwas bewegt, ist Bewegung auf der Straße notwendiger denn je.“ Um diesen Druck von links-unten zu entfalten, hat die Bundesarbeitsgemeinschaft unabhängiger Erwerbsloseninitiativen auf ihrem letzten Treffen in Kassel den Start der „Kampagne 99“ beschlossen. Doch der Reihe nach.

Damit das erste Treffen in der Geschichte zwischen einem Bundesarbeitsminister und Erwerbslosenverbänden überhaupt zustande kam, mußte kräftig nachgeholfen werden: Anfang Februar besetzten AktivistInnen das Dach der SPD-Parteizentrale in Bonn und entrollten ein Transparent mit der Aufschrift „30 Stunden sind genug – Arbeit fairteilen – Einkommen zum Auskommen!“. Die Demonstranten wollten so lange auf dem Dach der SPD-Baracke ausharren, bis ein Gespräch mit Riester zugesagt werde. Zum mindesten diese Forderung wurde prompt erfüllt.

Bei dem zweieinhalbstündigen Gespräch am 2. März in Bonn konfrontierten die Erwerbsloseninitiativen Riester mit ihrem Forderungskatalog. Ganz oben auf der Wunschliste der siebenköpfigen Delegation stand eine verbesserte soziale Absicherung: Als Sofortmaßnahmen forderten sie die Rücknahme der jährlichen Kürzung der Arbeitslosenhilfe um 3 Prozent – die durchschnittliche Arbeitslosenhilfe beträgt 935 DM im Monat – sowie die Nichtanrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe, damit nicht nur Millionäre, sondern auch die Ärmsten von der Kindergeldernahme profitieren. Nach heutiger Praxis wird nämlich das Kindergeld als Einkommen der Sozialhilfeberechtigten gewertet und jede Erhöhung in einem Nullsummenspiel vom Sozialhilfe-Zahlbetrag abgezogen. Ein weiteres zentrales Anliegen war, die Verpflichtung aufzuheben, auch schlechtbezahlte, nicht der erworbenen Qualifikation entsprechende, Stellen annehmen zu müssen. Mit dieser Regelung wird kein einziger Arbeitsplatz geschaffen, sondern nur ein Mobilitätsdruck nach unten erzeugt und eine Unterbietungskonkurrenz um die raren Jobs angeheizt.

Zwar habe Riester ein ernsthaftes Interesse gezeigt, die Sichtweise von Erwerbsloseninitiativen kennenzulernen, hieß es nach Gesprächsende. Allerdings erzielte der Minister allen Forderungen

nach materiellen Verbesserungen für Erwerbslose eine klare Absage. Riester verwies immer wieder auf die leeren Kas sen und die öffentliche bzw. veröffentlichte Stimmung. Der Regierung schlage aufgrund ihrer Umverteilung von unten nach oben (Steuerreform) bereits jetzt der Wind kräftig ins Gesicht, weitere Umverteilung zugunsten Erwerbsloser und Sozialhilfeberechtigter sei daher nicht durchsetzbar. Ähnliches gelte für Erwerbslose auferlegte Pflichten: Die Öffentlichkeit verlange nun mal die Einhaltung des Prinzips „Sozialleistung nur gegen Gegenleistung“. Überspitzt formuliert: Anstatt für gesellschaftliche Mehrheiten zu werben, will die rosa-grüne Regierung im Moment alles tunlichst vermeiden, was auch nur in der Gefahr steht, in der Bild-Zeitung negative Schlagzeilen hervorzurufen.

„Wenn wir rosa-grün machen lassen, fällt der Politikwechsel aus, geht das Versprechen nach mehr sozialer Gerechtigkeit an Erwerbslose und Sozialhilfeberechtigten vorbei“ so das Fazit eines Teilnehmers am Riester-Gespräch. Um den notwendigen Druck zu erzeugen, wurde in der neu belebten Bundesarbeitsgemeinschaft unabhängiger Erwerbslosengruppen eine „Kampagne 99“ ersonnen. Am letzten Februarwochenende verabschiedeten 40 VertreterInnen aus 18 Städten in Kassel mehrheitlich folgendes „Escalationsprogramm“: Im ersten Schritt (15. April) laden sich Erwerbslose selbst für einige Stunden in die örtlichen SPD-Büros ein. Zwei Wochen später (3. Mai) soll über Nacht in den örtlichen Arbeitsämtern verharren und im dritten Schritt ist schließlich ein unbefristeter Aufenthalt wiederum in den SPD-Büros geplant, bis Verbesserungen durchgesetzt sind. Die Kampagne startet vorerst nur in acht Städten, u.a. Berlin, Freiburg, Bielefeld. Ursprünglich war eine deutlich höhere Zahl anvisiert. Ob die Kampagne eine Wirkung entfaltet, wird entscheidend davon abhängen, ob sich weitere gesellschaftliche Gruppen, z.B. aus dem kirchlichen und gewerkschaftlichen Spektrum, mit den Forderungen der Erwerbslosen solidarisieren.

Martin Kunkler
Arbeitslosenzentrum
in der Bürgerwache/Bielefeld

Weitere Infos zur Kampagne:
Arbeitslosenzentrum in der
Bürgerwache, Tel: 0521/13 27 37
BÜRGERWACHE – Stadtteilzentrum
im Bielefelder Westen, Rolandstraße 16

Gleiche Rechte für alle – gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Unter dieser Losung ruft ein Bündnis (u.a. PDS-Gruppen, Antifa Gruppen, IG Medien, Internationale Liga für Menschenrechte, Jugend gegen Rassismus in Europa, DIDF) zu einer Demonstration in Berlin am 21. März (13 Uhr, Spreewaldplatz, U-Bhf. Görlitzer Bahnhof) auf. Hier Auszüge aus dem Aufruf.

... Die Landtagswahl in Hessen hat gezeigt, daß es in Deutschland – 60 Jahre nach der Reichspogromnacht – noch immer möglich ist, durch das Abrufen rassistischer Stimmungen Wahlen zu gewinnen. Die Ausgrenzungskampagne der Union schließt an die Stimmungsmache gegen „Asylanten“ von 1992 an, in deren Ergebnis das Asylrecht abgeschafft und Flüchtlingsheimen angezündet wurden. Selbst die tödliche Menschenjagd auf den Flüchtling Omar ben Noui am 13. Februar 1999 in Guben veranlaßte in der Union niemanden, über den Abbruch der Kampagne auch nur nachzudenken. Das Nachgeben von SPD und Bündnis 90/Grüne leistet der Ausgrenzungspolitik der Union Vorschub. Darüber hinaus werden die jüngsten Proteste kurdischer Organisationen bis weit in die Sozialdemokratie zum Anlaß genommen, öffentlich weitere Verschärfungen der AusländerInnengesetzgebung zu fordern und nach „schnellen Abschiebungen“ – selbst in die folternde Türkei – zu verlangen.

Auch der Regierungsentwurf zur „doppelten Staatsbürgerschaft“ betrachtet diese als Privileg und verbündet sie mit für „Deutsche“ herkömmlichen Rechts undenkbarer Auflagen: Wirtschaftlicher Erfolg, Straffreiheit und unbedingte politische Zuverlässigkeit. Um „Gleiche Rechte für Alle“ ging es auch hier nicht.

Allerdings würde dieser Entwurf erstmals territorialrechtliche Elemente im deutschen Staatsbürgerschaftsrecht verankern und dieses damit an internationale Standards annähern.

- Deutschland ist seit langem ein Einwanderungsland. Unsere Gesellschaft ist eine multikulturelle. Erleichterte Einbürgerung und doppelte Staatsangehörigkeit fördern das Zusammenleben aller in Deutschland Lebenden.
- Wir fordern deshalb, das bestehende „Blutsrecht“ zugunsten einer territorialrechtlichen Regelung zu streichen. Wir wenden uns gegen die praktizierte Abschiebepolitik und jede Verschärfung der AusländerInnengesetze.
- Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung muß gerade in der gegenwärtigen Situation durch ein starkes gesellschaftliches Gegengewicht begegnet werden!



Gera: Heinrich XIII will Theater zurück

Im ostthüringischen Gera ist eine heftige Auseinandersetzung entstanden. Hintergrund sind die Bestrebungen des in Frankfurt/Main mit Immobilienhandel, Sektproduktion und Kunstgüterverwaltung beschäftigten Adelsgeschlecht der „Reuß“. „Heinrich XIII Prinz Reuß“ betreibt für die Familie seit der „Wende“ die Rückgabe von alten Gütern. Dabei muß schon allerhand abgefallen sein – eine Versteigerung eines Teils „der beweglichen Schätze“ erbrachte lt. „Handelsblatt“ (12.3.) 4 Millionen DM. Zur Leipziger Buchmesse soll ein üppiger Bildband erscheinen über die „Reuß“, die 800 Jahre in Ostthüringen als „Vögte von Weida“ herrschten. Nun will die Familie auch das wertvolle Jugendstiltheater zurück. Dagegen hat sich Protest entwickelt – Bürgermeister, Presse, PDS u.a. protestieren, Gerichte sind eingeschaltet. Der Prinz habe „schlechte Karten“, meint die Presse. Das wird sich zeigen. (rül)

Abschiebung von Rezep Öz gestoppt

Berliner Flüchtlingsrat fordert von Schily Abschiebestopp

Am 25. Februar veröffentlichte der Berliner Flüchtlingsrat einen Aufruf gegen die Abschiebung des Kurden Rezep Öz, der kurz zuvor in Berlin festgenommen worden war. Es folgte eine dreiwöchige Kampagne und ein langer Kampf gegen die Abschiebung des Kurden, der schließlich von Erfolg gekrönt war. Hier der Aufruf, das vorläufige Ergebnis und die Forderung des Berliner Flüchtlingsrats an Bundesinnenminister Schily.

Der Aufruf vom 25.2.99

„(...) Man kann es nämlich drehen und wenden, wie man will. Es läuft immer auf die eine Frage hinaus. Will die Bundesrepublik Straftäter in einen Folterstaat abschieben oder nicht? Schily sagt zwar, das gehe nicht, versucht aber sogleich ein Hintertürchen zu öffnen – genau dort wo es auch Manfred Kanther gefunden hat (...).

Auch Schily will sich von den Türken zusichern lassen, daß sie abgeschobene Kurden nicht foltern. Ein solches Abkommen ist lächerlich. Es kann vor Folter nicht schützen, das ist in Bonn amtbekannt. Es kann dem deutschen Staat nicht einmal als Feigenblatt dienen. Also: Wer nach dieser Methode abschieben will, muß klar und deutlich sagen, daß er die Europäische Menschenrechtskonvention brechen will. (...)“ (Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung 24.2.99)

Recep Öz, Kurde aus der Türkei, ist kein Straftäter. Trotzdem soll er abge-

schen werden. Er wollte zu einer Demonstration von Kurden und wurde dabei festgenommen, ohne Papiere – ein abgelehnter Asylbewerber. So wie hunderte anderer Kurden, einige von ihnen auch im Kirchenasyl. Allen gemeinsam ist, daß ihre Asylanträge abgelehnt wurden mit der Begründung, daß die ihnen drohende Lebensgefahr nicht ausreichend bewiesen worden sei. In den meisten Fällen (von abgelehnten, abgeschobenen Asylsuchenden), die wir recherchierten, hätten Folter, Inhaftierung und Gefängnisstrafen verhindert werden können, wären die Asylgesuche der Betroffenen gewissenhaft überprüft und ernstgenommen worden – so der Niedersächsische Flüchtlingsrat/Pro Asyl in ihrer neuen Dokumentation zur Rückkehrgefährdung von Kurden von Februar 1999, S.3. (Vgl. Frankfurter Rundschau v. 19.2.99).

Nun hat sich die Verfolgungssituation von Kurden in der Türkei noch zusätzlich verschärft. Allein die nach Öcalans Flucht nach Italien und vor allem nach seiner Verhaftung erfolgten Massenverhaftungen von Kurden in der Türkei erfordern eine Neubewertung der Gefahrensituation von Kurden im Falle ihrer Abschiebung. Bisher erfolgt diese höchstens im Einzelfall.

Recep Öz führt seit seiner Inhaftierung am 17.2.99 einen Hungerstreik durch gegen die Abschiebung von Kurden in die Türkei. Recep Öz steht und kämpft für alle, um die es eigentlich geht.

Wir fordern die Veranlassung des bundesweiten Abschiebestopps für KurdInnen.

Dies ist derzeit die einzige Möglichkeit, den Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention für Kurden sicherzustellen. Wir erwarten die Entlassung aus den Abschiebegefängnissen und die Zusicherung einer Aufenthaltsgenehmigung für Recep Öz und alle anderen Kurden, solange Folter in der Türkei praktiziert wird.

Wir betrachten dies als Chance, aus der derzeitigen Gewalteskalation auszubrechen.

Es wäre der erste ernstzunehmende Schritt zu einer internationalen Lösung des Kurdenkonflikts.“

Es folgte eine lange Liste von prominenten Unterzeichnern, angefangen von Günter Grass, Hans Branscheidt, Heiko Kauffmann von Pro Asyl, Abgeordnete von PDS, Grünen, Eugen Drevermann, Wolf Dieter Narr u.a.

Es folgte ein langer Kampf. Recep Öz, der gleich nach seiner Verhaftung in einen unbefristeten Hungerstreik gegen die drohende Abschiebung getreten war, wurde nach NRW in ein Abschiebegefängnis verlegt, Anträge seiner Anwältin auf Abschiebeschutz usw. abgewiesen, Asylfolgeanträge ebenso. Am 8. März sah es so aus, als seien alle Rechtsmittel und auch der Hungerstreikende am Ende: Recep Öz, ohnehin gesundheitlich angeschlagen durch einen Hungerstreik vor wenigen Monaten, als er schon einmal in Berlin in Abschiebehafte war, stand körperlich vor dem Zusammenbruch.

Dann der Erfolg: Das Verwaltungsgericht Aachen entschied am 11. März seine Entlassung aus der Abschiebehafte und vorläufigen Abschiebeschutz. Begründung: „Vor dem Hintergrund der Veränderung der innenpolitischen Lage in der Türkei seit der Inhaftierung des ‘Staatsfeindes schlechthin’ ist die bisherige Auskunftsfrage zur Rückkehrgefährdung regimkritischer, exilpolitisch tätiger kurdischer Asylbewerber zu aktualisieren. Das Gericht hat im Klageverfahren deshalb heute beschlossen, zu dieser Frage Beweis zu erheben und vorerst Auskünfte des Auswärtigen Amtes und von amnesty international einzuholen. Vor Abschluß dieser veranlaßten Beweisaufnahme darf der Antragsteller keinen Gefahren, vor denen §§ 51 Abs. 1 u. 53 AuslG schützt, ausgesetzt werden.“

Einen Tag nach dem Urteil startete der Flüchtlingsrat einen Offenen Brief an Schily: „Was für Recep Öz gilt, muß für alle KurdInnen aus der Türkei gelten!“ Die Prüfung der aktuellen Lage in der Türkei müsse generell vor Abschiebungen von Kurdinnen und Kurden erfolgen, auch alle anderen Kurdinnen und Kurden müßten aus der Abschiebehafte entlassen werden, ein allgemeiner Abschiebestopp erlassen werden. (rül)
Infos: Flüchtlingsrat Berlin, Fennstr 31, 12439 Berlin, Tel. (030) 6317873, Fax (030) 6361198

100 MARK PRO KOPF:

Gersthofen bei Augsburg.

Auf der Tagesordnung des

Stadtrates steht demnächst ein Vorschlag des Bürgermeisters Deffner: Jeder der 20.000 Einwohner soll 100 Mark als Gewinnausschüttung erhalten, weil 1998 fünf Millionen Überschuß erwirtschaftet wurden. Ein Unternehmen, das Gewinn erzielt, schüttet ja auch einen Teil davon als Dividende an die Anteilseigner aus, so Deffner. Von den 5 Millionen könnte man ja 3 auf die hohe Kante legen, dann blieben 2 zur Rückzahlung an alle „ohne Unterschied, ob arm, ob reich, Einheimischer oder Ausländer, Kind oder Rentner“. Der Bürgermeister erhofft sich von dieser Prämie ein beseres „Wir-Gefühl in der Stadt“ und mehr Anmeldungen von Erst-Wohnsitzern, so daß sich dadurch wiederum der städtische Anteil an der Einkommenssteuer erhöhen würde. Das bayerische Innenministerium hält „diese Interpretation des Steuerungsmodells für sehr ungewöhnlich“, will aber zunächst den Stadtratsbeschuß abwarten. In den im Radio veröffentlichten Umfragen war keine Begeisterung zu hören, im Gegen teil: mehrere Einwohner möchten lieber bessere kommunale Leistungen.

PRO KOMMUNALE SPARKASSE:

Dresden. In der Sondersitzung des Innenausschusses des sächsischen Landtags Anfang März haben die PDS-Vetreter den Gesetzentwurf der Staatsregierung für eine Sachsenbank-Holding/Sparkassenverbund in der Fassung der CDU-Änderungsanträge in Gänze abgelehnt und eine zeitgleiche parlamentarische Behandlung dieses Gesetzentwurfs mit dem Volksantrag der Bürgerinitiative „Pro Kommunale Sparkassen“ gefordert. Diesen Volksantrag unterstützen jetzt schon weit über 60.000.

„WOHLFÜHLSTADT“: *Elmshorn.* Auf der letzten Kollegiumssitzung wurde mit den Stimmen der CDU, SPD und FDP die Verordnung zur Benutzung öffentlicher Räume und Plätze geändert. Hinzugekommen ist jetzt der Passus: „Geduldet wird das vorübergehende Niederlassen zum Genuß geringerer Mengen Alkohols.“ Treffen soll dieses die Punks. Vor einem Jahr noch hatte die SPD gegen einen solchen Passus gestimmt. Was sich bis dahin geändert hat, ist nicht das Verhalten der Punks, wohl aber ist seit kurzem der Verein für Stadtmarketing in Erscheinung getreten. Die hier stark vertretene Initiative Elmshorn hat sich die „Wohlfühlstadt Elmshorn“ in den Kopf gesetzt. Dabei stören Menschen, die nicht in die Vermarktungsstrategie dieser sauberen Bürger passen. Die WGE/Die Grünen stimmten dagegen. Bürgermeisterin Fronzek kündigte einen runden Tisch an, an dem mit den Betroffenen, den Geschäftsleuten,

Drogenberatern, Vertretern von Kirche, Politik und Verwaltung nach Lösungen gesucht werden solle. Wer glaubt, die Punks setzen sich mit Leuten, die ihnen vorher die Polizei auf den Hals hetzen, an einen Tisch, wird selig. Sie haben mittlerweile einen Rechtsanwalt eingeschaltet und 500 Unterschriften in der Innenstadt gesammelt, bei der die Unterzeichner „erklären, daß sie sich durch die Gruppierungen, die sich am Alten Markt treffen, nicht belästigt fühlen“.

KOMMUNALRECHT: *Frankfurt/Main.*

Die neue Landesregierung will das Kommunalrecht so ändern, daß die Gemeindepalamente zugunsten der direkt gewählten Oberbürgermeister und Landräte politisch geschwächt werden. So soll der OB zukünftig nicht mehr nur berechtigt sein, der Stadtverordnetenversammlung eigene Anträge vorzulegen, er kann andere Magistratsmitglieder auch zu einem bestimmten politischen Verhalten anweisen.

AUSLÄNDERPOLITIK: *München.*

Der bayerische Stadttetag fordert die Staatsregierung auf, endlich die Kommunalwahlordnung zu ändern und beim Eintrag ins Wählerverzeichnis Deutsche und EU-Bürger gleich zu behandeln. Derzeit müssen nämlich in Bayern EU-Ausländer einen Antrag auf Aufnahme ins Wählerverzeichnis stellen und dabei eine eidesstattliche Versicherung vorlegen, daß sie seit mindestens 3 Monaten ihren Lebensmittelpunkt in der Wahlgemeinde haben. Bei jeder Kommunalwahl muß dieser Akt wiederholt werden, was neben Zeit und Nerven auch Geld kostet: ca. 30 DM für den Notar. Immer wieder haben Initiativen und Parteien gegen diese CSU-Politik protestiert. Auch die EU-Kommission hat daran Anstoß genommen und in einem Vertragsverletzungsverfahren bei der Bundesregierung auf Änderung gedrängt. Dem hat Bonn jetzt mit einer „Verordnung zur Änderung der EU-Wahlordnung“ Rechnung getragen, die Mitte März in Kraft trat. Die Staatsregierung hat darauf noch nicht reagiert.

MAHNMAL: *Weinheim/Bergstraße.*

Lange Jahre war dafür gearbeitet worden. Der damals erzielte Kompromiß für ein Mahnmal für die Opfer von Gewalt, Krieg und Verfolgung wurde nun endgültig – bei drei Enthaltungen aus der CDU – vom Gemeinderat abgesegnet, nicht ohne daß einzelne den Erhalt des faschistischen Kriegerdenkmals von 1936 betonten, das ja in sichtbarer Nachbarschaft zu dem künftigen Mahnmal steht. Über 100.000 DM sind bereits als Spendengeld eingegangen, nochmal soviel legte die Stadt drauf. Weitere Spenden werden gesucht. Die Realisierung soll noch 1999 stattfinden.

Zusammenstellung: baf



Krankenhausbeschäftigte wehren sich gegen Zumutungen der Arbeitgeber: links im Bild eine Aktion in Hamburg, rechts in Köln.

AKTIONEN DER KRANKENHAUS-BESCHÄFTIGTEN: Zurück zur Arbeitszeit von vor 1891? Zu den in der Tarifrunde 1998 vereinbarten Tarifverhandlungen für die Beschäftigten in den Krankenhäusern reisten die Arbeitgeber mit einem echten Horrrorkatalog an. Für finanzielle Folgen von Kohls Gesundheits„reform“ sollen nach dem Regierungswechsel plötzlich die Beschäftigten aufkommen – z.B. durch die Streichung von Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Wechselschicht- und Schichtzulagen. Das ist ein Frontalangriff der Arbeitgeber auf den gültigen Tarifvertrag und macht für eine verheiratete 30jährige Krankenschwester mit einem Kind 495 DM im Monat bzw. 10286 DM im Jahr aus!

Die Arbeitgeberforderungen zur Arbeitszeit unterschreiten noch den Standard des Arbeitsschutzgesetzes von 1891, nach dem die tägliche Arbeitszeit nicht mehr als 10 Stunden dauern durfte. Die Arbeitgeber wollen das Krankenhauspersonal jetzt 12 Stunden, im Schichtdienst sogar 13 Stunden verschließen dürfen und die 30minütige Pause auch noch in „Kurzpausen“ von 5 Minuten splitten. Zwischen zwei Schichten sollen die Beschäftigten nur noch 8 Stunden Ruhezeit haben. Sie missbrauchen Krankenhäuser offenbar als tarifpolitisches Experimentierfeld für den ganzen öffentlichen Dienst, für den bis Juli 99 ebenfalls über Arbeitszeitfragen verhandelt wird. Die ÖTV dagegen will qualitative Forderungen zur Arbeitszeit verhandeln, die überlasteten Kolleginnen und Kollegen vor dem Zusammenbruch, Patientinnen und Patienten vor übermüdetem Personal schützen und auf der Einhaltung der Minimalstandards des Arbeitszeitgesetzes von 1994 bestehen. Die Arbeitgeber erklärten dazu in den Verhandlungen, „daß das Arbeitszeitgesetz die Beschäftigten bevormunde und zur Schlafmützigkeit erziehe ... Es sei nicht nötig, den Tatendrang jüngerer Ärztinnen und Ärzte durch gesetzliche Regelungen zu bremsen.“ (ÖTV Stuttgart: Das Tarifsekretariat berichtet 02/99)

Eine gute Beteiligung an den bundesweiten Aktionstagen wird die Tarifkommission in nächsten Verhandlungen am

24. und 25.3. in Potsdam unterstützen.
(brg – AG Gesundheitspolitik bei der PDS HH)

AKTION GEGEN SCHLIESUNG VON KRANKENHÄUSERN. Am 5. März wurden in und vor allen Berliner Krankenhäusern rund 60 000 Flugblätter verteilt. Die Flugblätter der Gewerkschaft ÖTV Berlin sollen die rund 60 000 Beschäftigten über die Gesundheitsdiskussion, über Bettenstreichungen und Schließungsvorhaben des Berliner Senats informieren. Sie zeigen darüber hinaus auf, welche Konzepte die Gewerkschaft ÖTV Berlin vorgeschlagen hat, um das Gesundheitswesen in der Stadt bestmöglich zu gestalten und die Arbeitsplätze zu sichern.

In den Flugblättern heißt es u.a.: „Die ÖTV fordert für die städtischen Krankenhäuser einen ‚Verbund‘ in Form eines Landeskrankenhausbetriebes in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts. Wir fordern einen Landeskrankenhausbetrieb nach dem Hamburger Muster, in dem alle Krankenhäuser, deren Eigentümer das Land Berlin ist, zusammengefaßt werden!“ Des Weiteren werden die Vorteile eines Landeskrankenhausbetriebes dargelegt. In einem weiteren Informationsflugblatt, das vor allem auch in Krankenhäusern privater Träger verteilt wurde, werden die Forderungen der Gewerkschaft ÖTV Berlin – weg von der Bettendiskussion – hin zu einer Qualitätsdiskussion betont. Die Gewerkschaft ÖTV Berlin fordert, daß keine Krankenhäuser geschlossen und betriebsbedingte Kündigungen im Gesundheitswesen ausgeschlossen werden sowie die Stärkung der finanziellen Situation der Krankenkassen. Die öffentlichen Arbeitgeber fordern bei den zur Zeit laufenden bundesweiten Verhandlungen zum Manteltarifvertrag (Arbeitszeitgestaltung), die Löhne und Gehälter drastisch abzusenken und den Arbeitsschutz zu verschlechtern, Dies könnte z.B. Einkommenseinbußen von bis zu 10.000 DM jährlich pro Beschäftigte/n bedeuten.“

Weitere Aktionen fanden am 13.3.1999 statt bzw. sind für den 24.3.1999 mit einer Demonstration in Potsdam (12 Uhr, S-Bhf. Pirschheide) geplant, weil dort an

diesem Tag die nächsten Tarifverhandlungen stattfinden.
(Presseerklärung der ÖTV v. 4.3.99)

HAMBURGER LEHRERINNEN PROTESTIEREN: Gegen Kürzungen der Altersentlastung. Die Schulbehörde plant, die bisherige Altersentlastung für Lehrerinnen und Lehrer von einer Stunde ab 55 und zwei Stunden ab 60 Jahren zum Schuljahr 1999/2000 zu streichen. Auf einer Personalversammlung betroffener Kolleginnen und Kollegen am Dienstag, den 2. März 1999, protestierten die Beschäftigten gegen diese Pläne. Die gemeinsame Personalversammlung aller Lehrerpersonalräte mit Unterstützung der GEW und des DL-H diente dazu, die Beschäftigten über die Pläne zu informieren, mögliche Alternativen aufzuzeigen und gegen diese Pläne zu protestieren.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Personalversammlung haben in einer Resolution den Senat aufgefordert, den Tarifvertrag unverzüglich auf die hamburgischen Beamten zu übertragen, wie dies bereits für Bundesbeamte und Beamtinnen anderer Bundesländer geschehen ist.

(Aus: Presseerklärung der GEW)

STREIK BEI OPEL. Gestern, am 9. März, hat bei Opel Bochum eine kurze, spontane Arbeitsniederlegung statt gefunden. Zwischen 11.00 Uhr und 11.50 sind gut 300 Beschäftigte aus der Fertigung im Werk I spontan von ihrem Arbeitsplatz zur Personalabteilung marschiert. Durch Vertrauensleute wurden gegenüber der Personalleitung des Werks folgende Forderungen gestellt: • sofortige Entfristung aller Zeitverträge • Freistellung aller Gruppensprecher (sie sollen eigentlich nur als „Springer“ bereitstehen, können dies aber nicht, weil sie voll mitarbeiten müssen) • 200 Neueinstellungen • 2000 DM Bonus für alle als Sonderprämie zum 100en Opel-Geburtstag • besseres Material als Arbeitserleichterung.

Zum Hintergrund: Seit langem herrscht eine sehr angespannte Personalsituation bei Opel Bochum. Der Unmut darüber, daß Freischichten und Pausen

kaum noch wahrgenommen werden konnten, eine Ablösung durch sog. Springer nicht möglich war etc., hat sich bereits am 7. Oktober 1998 in einer 40minütigen Arbeitsniederlegung von ca. 1800 KollegInnen geäußert. Gefordert wurden damals 300 Neueinstellungen, nach Ablauf des Ultimatums hatte sich der Betriebsrat mit 50 befristeten Neueinstellungen und der Verlängerung von 35 Zeitverträgen um weitere 6 Monate zufrieden gegeben.

Die gestrige Aktion macht deutlich, daß sich an der beklagten Situation nichts geändert hat. Die hohe Arbeitsbelastung führt – trotz Drohungen gegenüber den befristeten KollegInnen, daß sie bei Krankheit nicht übernommen werden – zu einem höheren Krankenstand, als er geplant und in der Personalplanung berücksichtigt wurde. Dadurch können KollegInnen nicht vom Band abgelöst werden: weder für die Gänge zum Sanitäter, zur Toilette oder zum Betriebsrat. Auch ist tagelang die Gewährung der persönlichen Verteilzeit (individuelle Pausen, für die eine Ablösung nötig ist) verweigert worden. In Einzelfällen wurden bereits mündliche Abmahnungen ausgesprochen, nachdem aufgrund fehlender Ablösemöglichkeit das Band abgestellt wurde, um zur Toilette zu gehen. Erzählt wird ein Fall, in dem ein Kollege mit einem Fieberanfall nicht zum Sani konnte – der Meister hat diesen Gang für ihn erledigt, um Tabletten zu holen. So viel zur Fürsorgepflicht.

Dennoch wurden die aktuell auslaufenden befristeten Verträge nur teilweise verlängert: 35 bis 31. Mai, 50 bis 30. Juni und 50 zum 30. September. Weitere 50 auslaufenden Verträge sind noch ungewiß. Zur „personellen Entspannung“ wurden zudem sofort 50 Studenten herangeholt. Es ist aber absehbar, daß sich die Nachfrage nach dem hier montierten Zafira auch mittelfristig nicht abschwächen wird.

Zusätzlichen Unmut riefen die unterschiedlichen Laufzeiten der Vertragsverlängerung hervor (zwischen 2 und 6 Monaten) und die willkürliche Ungleichbehandlung. Es ist zudem jetzt schon absehbar, daß die gestuften Laufzeiten einen Kampf gegen das Auslaufen dieser Verträge erschweren werden. Vielen ist klar, daß eine längerfristige und spürbare Entspannung der Situation nur über Festverträge und weitere Neueinstellungen möglich ist. Dies aber schließt die Werksleitung vehement aus. (Solinet)

UMSTRUKTURIERUNG SIEMENS: Am Tag vor der Hauptversammlung der Siemens AG demonstrierten am 17. Februar vor der Münchner Börse Beschäftigte gegen den Plan des Konzerns, mehrere Unternehmensbereiche (Halbleiter, elektromechanische Komponenten und Röhren) an die Börse zu bringen oder sich ganz von ihnen zu trennen. Die IG Metall fordert von der Siemens AG vor der Umstrukturierung eine tarifliche Gesamt-



vereinbarung mit Erhaltung der Tarifbindung, Standortgarantien und dem Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen, beschäftigungssichernde Maßnahmen, Kapazitäten für die berufliche Erstausbildung, effektive Betriebsratsstrukturen und den Ausbau der Mitbestimmung. Nach einem internen Schreiben, das der *Süddeutschen Zeitung* vorliegt, sollen zur Neustrukturierung des Computergeschäftes (Computer Systems) bundesweit 1130 Arbeitsplätze eingespart werden, davon 180 in Augsburg. Parallel dazu sind zum 1. April zwei selbständige Geschäftseinheiten für die Massenproduktion (Volume Products) und das Großkundengeschäft (Enterprise Products) geplant. Eine für den 9. März geplante Betriebsratswahl im Augsburger Werk für das neue Geschäftsgebiet Großkunden wurde kurzfristig gestoppt. Außerdem registrierte die IG Metall, daß 4 Augsburger Zeitarbeitsfirmen Mitarbeiter für die PC-Montage in (Siemens)Unternehmen suchen. Die Augsburger Gewerkschaft diskutiert die verschärzte Lage derzeit mit den Betriebsräten. SZ, baf

BANKENTARIFRUNDE: Ergebnislos wurde die 3. Runde der Tarifverhandlungen für die Bankangestellten abgebrochen. Das Angebot der Bankkapitalisten belief sich auf 2,8% bzw. eine Einmalzahlung von DM 850 ohne Auswirkung auf die Gehaltstabelle. Dafür fordern sie:

Streichung des 13. Gehalts, Absenkung der Gehaltstabelle, Streichung des Feiertagszuschlages, Streichung des arbeitsfreien Samstags. Anstelle des 13. Gehalts wollen sie Leistungsprämien frei vergeben. Bereits jetzt führen die Banken systematisch betriebliche Regelungen zur Leistungsvergütung ein und streichen dafür oft alle übertariflichen Zahlungen, um sie nach Leistungsgesichtspunkten neu zu verteilen. Viele Banken unterlaufen die Tarifregelungen, indem sie Teilbereiche des Bankgeschäfts in Tochtergesellschaften ausgliedern oder neue Gesellschaften gründen. Diese Gesellschaften werden meist nicht Mitglied des Arbeitgeberverbandes. Was die Bankkapitalisten nicht ohne erhebliche Einschnitte in die bisherigen Gehälter bereit sind an Prozenten zu geben, haben die „Führungskräfte“ als Dividendenerhöhung bereits erhalten – bis zu 6%. Die HBV fordert jetzt die Mitglieder auf, Überstunden und Mehrarbeit nicht zu leisten und bereitet sich auf Streiks vor. verschiedene Tarif-Infos, udi

IG Metall Ausländerausschuß

Dialog und Verständigung statt Gewalt und Zerstörung!

Die Delegierten der 5. Ausländerkonferenz der IG Metall vom 11.–13. März in Spokhövel haben bei einigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit folgenden Erklärung beschlossen:

Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, in Kooperation mit DGB, EGB und IMB auf die Bundesregierung, auf die zuständigen Gremien der Europäischen Union und auf die USA einzuhören, um eine friedliche und gerechte Lösung in der „Kurdenfrage“ herbeizuführen.

Angesichts der sich zusitzenden gewaltamen Ausschreitungen durch verschiedene politische Gruppierungen innerhalb und außerhalb Europas, ist es längst überfällig, daß die europäischen Staaten auf der Grundlage der Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 3.12.1998 eine internationale Konferenz über die Kurdenfrage einberufen, um eine politische und friedliche Lösung zu finden, die allen betroffenen Parteien zusagt.

Die Europäischen Staaten und die USA sind gefordert, Frieden in der Türkei und Versöhnung der verfeindeten Fronten wiederherzustellen. Die Fortführung dieses Konfliktes hat unabsehbare Folgen für die Region und für Europa. Der Konflikt zwischen der türkischen Armee, und der PKK destabilisiert nicht nur die Region, er zerrüttet auch Wirtschaft und Sozialgefüge der Türkei und behindert eine freie Entfaltung und Demokratisierung der Gesellschaft. Dieser Konflikt dient unter keinen Umständen der demokratischen Weiterentwicklung der Türkei, sondern gefährdet das friedliche Zusammenleben in der Bevölkerung. Von diesem Konflikt profitieren vor allem die Exporteure der Rüstungsindustrie, weil sie nach wie vor fast ungehindert Waffengeschäfte in Milliardenhöhe auch in dieser Region abwickeln. Die Delegierten der 5. Ausländerkonferenz treten für ein Verbot solcher Geschäfte ein.

Wie in jedem bewaffneten Konflikt sind auch in diesem Konflikt von allen Seiten schwere Verstöße gegen die Menschenrechte begangen worden. Die Delegierten der 5. Ausländerkonferenz der IG Metall appellieren an den türkischen Staat, eine Wahrheitskommission nach südafrikanischem Vorbild in der Türkei zu schaffen, deren Arbeit sich auf Versöhnung, künftige Zusammenarbeit und Aufarbeitung des Konfliktes richten sollte. Die Regierungen aller mit der Türkei befreundeten Staaten müssen sich endlich ihrer internationalen Beistandspflicht stellen.

Auch in der Chemie geht es „nur um Geld“

Am 24. April beginnen die Tarifverhandlungen Chemie-West im Pilotbezirk Nordrhein.

Es ist nach öffentlichem Dienst und Metall das dritte große Tarifgebiet, in dem in diesem Jahr die Auseinandersetzung geführt wird, mit ca. 590.000 Beschäftigten. Eine erste Diskussion über die Chemierunde innerhalb der Entgelttarifkommission Baden-Württemberg der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) fand am 4.3. in Karlsruhe statt, in Anwesenheit des beim Hauptvorstand der IG BCE zuständigen Werner Bischoff.

Die Forderungsempfehlung des Hauptvorstandes lautet bekanntlich: 5 bis 5,5% Entgelterhöhung linear; Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um einen (nicht genannten) Festbetrag; Laufzeit maximal 12 Monate.

Die Forderungsempfehlung ordnet sich damit in die von ÖTV und IGM vorerzielte Linie der „reinen Geldrunde“ ein, vom Niveau her einen Prozentpunkt unter Metall angesiedelt.

In den letzten Tarifrunden der chemischen Industrie waren Entgeltverhandlungen jeweils auf andere Tarifmaterien (Arbeitszeit, Altersteilzeitarbeit, 13. Monatseinkommen etc.) ausgeweitet worden. Dem will der Hauptvorstand der IG BCE diesmal dadurch ausweichen, daß die Verhandlungen dezentral von reinen Entgeltkommissionen geführt werden und somit keine Möglichkeit bestehen würde, über Manteltariffragen zu verhandeln. Die Erfahrung zeigt allerdings, daß – wenn sich Hauptvorstand und Arbeitgeberverband einig sind – solche Ausweitungen der Verhandlungen doch recht schnell zustande kamen.

Der „Tariffonds“ wirft seine Schatten voraus

Werner Bischoff ließ in seinen Erläuterungen zur Forderungsempfehlung durchblicken, welche strategischen Überlegungen in diesem Jahr zur gewerkschaftlichen Generallinie „reine Geldrunde“ geführt haben:

Erstens der Nachholbedarf nach vielen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die zu geringeren Entgeltabschlüssen führten.

Zweitens aber will man offensichtlich noch einmal „tanken“, bevor eine neue Runde von Maßnahmen aus einem möglichen Ergebnis der „Bündis-für-Arbeit“-Gespräche tariflich umzusetzen ist. Konkret steht hier die Idee des Riester'schen „Tariffonds“ an, der die „Rente ab 60“ ermöglichen soll, trotz der von der Kohl-Regierung beschlossenen und von Rot-Grün nicht zurückgenommenen Abschläge von 18% bei Renteneintritt mit 60. Hierzu finden Gespräche am 30.4. statt.

Die großen Gewerkschaften einschließlich DAG haben unter DGB-Schirmherrschaft Anfang Februar ein Konzept aufgestellt, wie so ein Tariffonds aussehen könnte: Der Tariffonds soll bei freiwilligem Renteneintritt ab 60 die Abschläge „möglichst vollständig“ ausgleichen unter der Voraussetzung, daß für den/die Ausscheidende/n „ein ansonsten Arbeitsloser“ verbindlich eingestellt wird. Effekt soll eine Entlastung der Arbeitslosenversicherung sein. Der Gesetzgeber soll hierfür die Möglichkeit schaffen, daß bis 31.12.2004 Arbeitnehmer/innen auf Grundlage eines solchen Tarifvertrages in Rente ausschieden können. Altersteilzeit soll vorschaltbar sein. Der auf fünf Jahre befristete Tariffonds soll paritätisch finanziert werden durch einmalige Abzweigung aus der tariflichen Entgelterhöhung („z.B. 0,5 %-Punkte. Der Arbeitgeberbeitrag wird in gleicher Höhe bezahlt“).

Arbeitgeber-Forderungen, die „im Raume stehen“

Mit der „reinen Geldrunde“ will die IG BCE außerdem dem Druck ausweichen, den der Chemie-Arbeitgeberverband an verschiedenen Ecken hinsichtlich der Tarifstruktur macht:

So fordert er seit drei Jahren eine Reduzierung oder gar Aufgabe der „Entgeltgarantie“. Es handelt sich hierbei um eine in der Tariflandschaft wohl einmalige Konstruktion, die es seit Einführung des Bundesentgelttarifvertrages in der Chemischen Industrie 1988 gibt. Danach werden für die Entgeltgruppen E6 (dreijährige Ausbildungsberufe nach Berufsbildungsgesetz) bis E8 (oberste für Gewerbliche erreichbare Stufe) zeitlich und entgeltgruppenmäßig gestaffelt bis zu 20% des übertariflichen Einkommens tariflich abgesichert bzw. dieser Prozentsatz zugesichert. Für Beschäftigte mit geringen oder keinen übertariflichen Zulagen echtes „cash“; für solche in der Großindustrie, die via Betriebsvereinbarungen über dem Entgeltgarantierahmen liegen, eine Stabilisierung der Betriebsvereinbarung. Diese Entgeltgarantie also wollen die Chemiearbeitgeber schleifen. Dazu müßte der Bundesentgelttarifvertrag gekündigt und neu verhandelt werden.

Eine weitere Forderung des Arbeitgeberverbandes Chemie ist die Einführung eines sog. „Dienstleister-Tarifvertrages“ für Beschäftigtengruppen, die dem outsourcing zugeführt werden oder ohne einen solchen – selbstverständlich schwächeren – Tarifvertrag zugeführt würden. An massiven Drohungen und auch längst schon an Tariffluchtatteständen mangelt es nicht. So will gerade jetzt wieder L'Oréal seinen Cosmetica-

Abfüllbetrieb aus dem Chemietarif nehmen. Sämtliche Dienstleistungen in der chemischen Industrie stehen hier letztlich zur Disposition. Tatsache ist auch, daß in den untersten Einkommensbereichen sehr viele Beschäftigte (z.B. Reinigungskräfte, Kantinenpersonal, Logistik-ArbeiterInnen) schon ausgegliedert und dem Tarifvertrag Chemie verloren sind. Laut Bischoff existiert hier noch keine Lösung. Er stellte aber nicht in Abrede, daß das Thema bald auf der Tagesordnung stehen wird.

Hier drängt auch noch ein ganz anderer Gesichtspunkt, nämlich die DGB-Reform und das gewerkschaftliche Fusionsfieber. Die Industriegewerkschaft fürchtet um erhebliche Mitgliederverluste durch die Gründung einer „Dienstleistungsgewerkschaft“, die dann das Tarifgeschäft in den Out-sourcing-Bereichen übernehmen könnte. So haben sich gerade Anfang März IG BAU, IG BCE, IGM und NGG zu einem gemeinsamen Projekt zusammengeschlossen, in dem sie auf die Tarifzuständigkeit der Industriegewerkschaften auch für Dienstleistungsbereiche pochen wollen.

Mithin muß man wohl davon ausgehen, daß der „Dienstleistungstarifvertrag“ unmittelbar vor der Tür steht, kaum daß die diesjährige „reine Geldrunde“ abgeschlossen sein wird. *tth*

Streik bei Messer Cutting & Welding für Tarifvertrag

Am 2. März haben sich nach Angaben der IG Metall 150 von 200 Beschäftigten der Firma Messer Cutting & Welding am Warnstreik zur Durchsetzung eines Anerkennungstarifvertrages vor dem leerstehenden Werk Messer Griesheim in der Krifeler Straße beteiligt. In Groß-Umstadt fand ebenfalls ein Warnstreik statt. Da der Arbeitgeber weiterhin nicht zu Verhandlungen bereit ist, wird die IG Metall über Urabstimmung zum Streik entscheiden. Wie der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Frankfurt erklärt, hat die Auseinandersetzung bei Messer Cutting & Welding über den konkreten Konflikt hinaus auch eine exemplarische Bedeutung. Die IG Metall will zusammen mit den Beschäftigten deutlich machen, daß sich Tarifflucht letztlich nicht lohnt, sondern eher zur Eskalation der tariflichen Auseinandersetzung im Betrieb führt.

Seit 1998 sind der Belegschaft die in der hessischen Metallindustrie vereinbarten Lohnerhöhungen verwehrt worden, da Cutting & Welding nicht dem Arbeitgeberverband angehört. Die Geschäftsführung will die Entlohnung stärker am Unternehmenserfolg ausrichten.

Pressemitteilung IGM Frankfurt, udi

Metallindustrie:

Trotz Tarifabschluß – die Lage bleibt angespannt

Wie ist der Tarifabschluß 1999, wie ist die Lage nach dem Tarifabschluß in der Metallindustrie zu bewerten? Bei der Diskussion auf der Vertreterversammlung der IG Metall Schweinfurt am 4.3.99 hing die Bewertung vor allem davon ab, womit das Ergebnis verglichen wurde.

Kritik gab es von Vertretern, die den Abschluß mit der Forderung der Tarifkommission in Höhe von 6,5 Prozent oder mit der der Vertreterversammlung Schweinfurt (8 Prozent) verglichen, sie richteten ihre Kritik vor allem an die Adresse des IG Metall-Vorsitzenden Zwickel, der im Vorfeld der Tarifrunde das „Ende der Bescheidenheit“ und einen „kräftigen Schluck aus der Pulle“ angekündigt hatte.

Daß es zuvorderst der Kanzler persönlich war, der Zwickel massiv „am Schlucken“ hinderte, daß politische Rücksicht, das Projekt „Bündnis für Arbeit“ nicht zu gefährden, die Ziele dämpfte, wurde dabei nicht thematisiert.

Zufriedenheit mit dem Abschluß äußerten wiederum Vertreter, die den Abschluß mit der aktuellen Inflationsrate von 0,5 Prozent verglichen. Dabei wurde aber nicht ins Kalkül gezogen, daß die derzeit günstigen Umstände (Rekordgewinne vieler Metallkonzerne) auch unabdingt für die Durchsetzung von Reallohnsteigerungen genutzt werden müssen, weil die Konzerne im Gegenzug eine schlechte Konjunkturlage mit hoher Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt gedenken zur Senkung der Reallöhne nutzen und nutzen werden.

Einige Redner forderten mehr Korrektheit der IG Metall gegenüber den Mitgliedern und der Öffentlichkeit ein, kritisierten, daß die „Vier vor dem Komma“ hochgejubelt wurde, ohne die 14 monatige Laufzeit einzuberechnen und zu berücksichtigen, daß der Einmalbetrag von 1 Prozent des Jahreseinkommens nicht dauerhaft in die Tarife eingetragen wird.

In der Diskussion der Vertreterversammlung wurde deutlich, daß eine abschließende Bewertung der Tarifrunde 1999 noch verfrüh wäre, weil die Metallarbeitgeber die Auseinandersetzung in unverminderter Härte auf verschiedenen Feldern fortführen.

• Betrieblich stellt sich die Frage, wie die Geschäftsleitungen aus Anlaß der Tarif erhöhung 1999 mit den außertariflichen Zulagen verfahren werden und ob in den Großbetrieben, in denen üblicherweise betriebliche Erfolgsbeteiligungen gezahlt werden, mit Verweis auf die tarifliche Einmalzahlung versucht wird, dieses Jahr diese Sonderprämien zu streichen? In Schweinfurt stehen zudem

schwierige Auseinandersetzungen um Standort- und Beschäftigungssicherung z.B. bei SKF und Mannesmann Sachs bevor.

• Tariflich: Fünf Mitgliedsbetriebe des VBM (Bayerischer Metallarbeitgeberverband) haben nach dem Tarifabschluß bereits angekündigt, aus dem Arbeitgeberverband und damit aus der Tarifbindung ausscheren zu wollen, der VBM überprüft derzeit, ob eine Änderung seiner Satzung möglich ist, die die Mitgliedschaft ohne gleichzeitige Tarifbindung ermöglicht. Je nachdem, wie breit sich die Absetzbewegung von der Tarifbindung entwickelt, muß die IG Metall ihre Kraft auf den Kampf um Tarifbindung und Durchsetzung des Flächen tarifvertrags in diesen Einzelbetrieben konzentrieren.

• Auf der politischen Ebene läßt die Ankündigung der niedersächsischen Metallarbeitgeber, sich nicht am „Bündnis für Arbeit“ beteiligen zu wollen, schwierige Auseinandersetzungen um die vielen offenen Fragen, wie z.B. künftige Gestaltung der Altersabsicherung (Rente, Altersteilzeit) oder der Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosengeld, Abfindungen) erwarten.

cls

Nach der Tarifrunde

Tarifabschluß ÖTV abgelehnt

Die Kreisverwaltung Stuttgart mit den dazugehörigen Tarifkommissionsmitgliedern lehnten den Tarifabschluß der ÖTV ab.

Auf der Funktionärsversammlung vom 1.3.99 meldeten sich hauptsächlich Kritiker zu Wort, der größte Teil der Funktionäre war erst gar nicht gekommen. Das Ergebnis wurde als zu niedrig gewertet, weil die Erhöhung insgesamt deutlich unter 3% liege. Aus Klinik- und Straßenbahnbereich wurden Befürchtungen laut, daß das dicke Ende bei den Tarifverhandlungen um die Arbeitszeit nachkommen wird. Die Behauptung der ÖTV, daß es keine „Gegenfinanzierung“ bzw. Kompensation des Tarifergebnisses gegeben habe, wurde angezweifelt. Begründet wurde dies mit der politischen Erklärung zur Gestaltung der Arbeitszeit. Bis zum 31. Juli dieses Jahres sollen die Tarifverhandlungen zur Arbeitszeit abgeschlossen werden.

Bei der SSB befürchten die Arbeiter große Lohneinbußen, wenn Arbeitszeitkonten eingerichtet werden, die dazu führen können, daß nur noch wenig Überstunden- und Schichtzulagen bezahlt werden. Von Verlusten von bis zu 800 DM im Monat war da die Rede. Im Klinikbereich sollen dazu am 24. und 25. März Verhandlungen stattfinden. Die Klinikbeschäftigte werden dies mit Protestaktionen begleiten.

mok

Voller Erfolg für die IG Metall bei OKU –

Unternehmen tritt wieder in den Arbeitgeberverband ein!

Mit sofortiger Wirkung tritt die Firma OKU (Waiblingen) wieder in den Verband der Metall- und Elektroindustrie ein. Damit sind alle Tarifverträge der Metallindustrie für die IG Metaller bei OKU wieder in Kraft. Die Geschäftsführung hat zugesagt, die zum 1.1.99 ausgehandelte Lohn-, Gehalts- und Ausbildungserhöhung in der Metallindustrie für die vergangenen zweieinhalb Monate ungemindert weiterzugeben.

„Die Tarifflucht hat sich nicht gelohnt“, erklärte Dieter Knauf, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Verwaltungsstelle Waiblingen. „Wir begrüßen es, daß Herr Kurz wieder in den Arbeitgeberverband eingetreten ist. Tarifverträge geben verlässliche Bedingungen für beide Seiten und sie sorgen vor allem für Ruhe im Betrieb“. Er betonte, daß ohne das Engagement der IG Metall-Kollegen im Betrieb das Wiederinkrafttreten der Tarifverträge nicht möglich gewesen wäre.

Acht Monate lang wurden die Auseinandersetzungen bei OKU geführt. Am 31. Juni 1998 erklärte der Geschäftsführer Hans-Joachim Kurz den Austritt aus dem Arbeitgeberverband zum 31.12.1998. Damit begann die Auseinandersetzung. Immer mehr Beschäftigte traten in die IG Metall ein, die Zahl verdoppelte sich von 100 auf 212. Der Vertrauenskörper der IG Metall weitete sich auf 28 Mitglieder aus. Unterschriftensammlungen und turbulente und lang dauernde Betriebsversammlungen unterstützten die Forderung der IG Metall nach einem Anerkennungstarifvertrag.

Nachdem Hans-Joachim Kurz sich auch nach zwei Warnstreiks nicht einsichtig zeigte, stimmten am Dienstag 91% der IG Metall-Mitglieder in der Urabstimmung für das letzte Mittel Streik. Noch einmal forderte der IG Metall-Bevollmächtigte Dieter Knauf den Geschäftsführer von OKU, Hans-Joachim Kurz, zum Abschluß eines Anerkennungstarifvertrages auf.

„Am Donnerstagabend erhielten wir dann die Aufnahmebestätigung von OKU in den VMI. Damit gelten wieder alle Tarifverträge. Mit diesem Ergebnis sind wir sehr zufrieden“, so Knauf.

„In keinem Betrieb werden wir unsere Mitglieder schutzlos lassen, wenn die Unternehmen aus der Tarifbindung ausscheren wollen,“ erklärte er mit Blick auf die Arbeitgeber im Rems-Murr-Kreis, die mit dem Gedanken des Verbandsaustritts spielen.

„Unser Erfolg zeigt, daß es sich lohnt, bei der IG Metall Mitglied zu sein“, kommentierte Wolfgang Andres von der OKU-Vertrauenskörperleitung das Ergebnis.

PM IG Metall Waiblingen

Die PDS kandidiert als Antikriegspartei

Die PDS wird zu den Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni als klare Antikriegspartei kandidieren. Das ist eines der Ergebnisse des Wahlparteitages der Partei in Suhl am 6. / 7. März. Ein zweites: Eine kurdische Kandidatin kandidiert auf einem sicheren Spitzenplatz, ein Signal, daß die Partei für eine politische Lösung der kurdischen Frage eintritt. Ein drittes Ergebnis: Die Positionen gegen eine Zusammenarbeit mit der DKP (Stichwort: Keine Parteienbündnisse, keine Doppelmitgliedschaften) geraten ins Wanken.

Fast 400 Delegierte waren ins thüringische Suhl gekommen, um am ersten Tag das Wahlprogramm zu beraten und zu verabschieden. Am zweiten Tag stand die Wahl der Europaliste auf der Tagesordnung.

„Europa, wir kommen. Sozial, solidarisch und zivil“, lautete die Parole auf der Bühne des Parteitags. Die Forderung nach einer „gerechten Republik“, die bei der Bundestagswahl vom Vorstand trotz Kritik aus der Partei und trotz gegenteiliger Parteitagsbeschlüsse propagiert worden war, konnte wohl auch als EU-Zielbeschreibung nicht herhalten. Die Ergänzung der alten Parole „Sozial und solidarisch“ durch „und zivil“ kündigte schon an, was auch auf dem Parteitag geschah: Die bei der Beratung des Entwurfs des Europawahlprogramms von Vorstandsmitglied Dieter Klein und Wahlkampfleiter André Brie angezettelte Debatte, als „ultima ratio“ sei womöglich doch (staatliche) Gewalt zur Erzwingung eines gerechten Zustands irgendwo in der Welt erforderlich, wurde von der großen Mehrheit der Delegierten nicht geteilt.

Im Gegenteil: Anträge zur Änderung des Wahlprogramms (z. B. von Elmar Schmähling und vom Bundestagsabgeordneten Manfred Müller), die als Versuche einer Öffnung in Richtung auf evtl. Billigung deutscher Militäreinsätze bewertet werden konnten, wurden von den Delegierten mit großer Mehrheit zurückgewiesen.

Die gesamte Debatte über den Entwurf des Wahlprogramms und die Änderungsanträge kann hier nicht geschildert werden, sie zog sich bis 1 Uhr nachts hin. Ein paar Punkte sollen aber angemerkt werden:

- In der Diskussion um Bürgerrechte in der EU wurde der Antrag von Manfred Müller, die PDS solle für gleiche Rechte „für alle Bürgerinnen und Bürger“ der EU bzw. für alle „dauerhaft (in der EU) lebenden Menschen“ eintreten, den die Antragskommission übernehmen wollte, von den Delegierten zurückgewiesen. Sie beharrten auf der Forderung: „Wir wollen gleiche Rechte für alle Menschen, die in der Europäischen Union leben“,

schlossen damit also auch Flüchtlinge ausdrücklich ein.

- In der Diskussion um die EU-Beschäftigungspolitik beschloß eine Mehrheit des Parteitags, sich mit der Forderung nach „deutliche(r) Verkürzung der Tages-, Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit“ nicht zu begnügen. Viele Delegierte sahen darin den wiederholten Versuch des Vorstands, die schon mehrfach beschlossene Achtung von Tarifverträgen und die Forderung nach vollem Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung zu relativieren. Sie beschlossen statt dessen: „Wesentlich für die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit sind die radikale Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich sowie die Erhöhung der Massenkaufkraft.“ Das Problem, daß diese Forderung nicht nur die Beschäftigten mit geringen Einkommen unterstützt, sondern auch die Lohn- und Gehalts-

nationalen Konferenz zur Lösung der kurdischen Frage.

Insgesamt hat die PDS damit ein zum Teil sehr konkretes, linkes Europawahl-Programm, das freilich auch seine Schwächen hat. Diese Schwächen liegen vor allem in der Neigung, vor der Kritik und Gegenwehr gegen rechte, konservative Europakonzeptionen auszuweichen und statt dessen auszumalen, wie die europäischen Zustände („wenn wir könnten, wie wir wollten“) gestaltet werden sollen. Das Ausmalen eines friedlichen und zivilen Europa verhindert aber noch nicht einen von sehr realen Kräften vorbereiteten Krieg, z.B. gegen Serbien.

Kandidatenaufstellung

Der zweite Tag des Parteitags war der Aufstellung der Kandidatenliste zum EU-Parlament vorbehalten. Die ersten 7 der insgesamt 14 Personen umfassenden Liste wurden dabei einzeln gewählt. Dahinter stand die Überlegung, daß die PDS – wenn sie ins EU-Parlament kommt, was allgemein angenommen wurde – mindestens 5, unter optimalen Bedingungen (z.B. einem Ergebnis von 6 % plus x für die PDS und weniger als 5 % für die F.D.P.) maximal 7 Abgeordnete ins EU-Parlament entsenden wird.

Für den Spitzenplatz hatte schon lange vorher die stellvertretende Parteivorsitzende Sylvia-Yvonne Kaufmann ihre Kandidatur angemeldet. Ihre Wahl war unangefochten, mit 328 Stimmen erhielt sie über 80 % der abgegebenen Stimmen.

Um Platz 2 hatte es im Vorfeld viele Spekulationen und Streit gegeben – André Brie oder Hans Modrow, war die Frage. Die Mehrheit im Parteivorstand befürwortete André Brie – zum Teil aus inhaltlichen Gründen, z.T. auch aus Sorge, mit Modrow als Spitzenkandidat werde die Partei von der ohnehin PDS-feindlichen Presse im Westen noch mehr als „Zonen-Nostalgiker“-Partei abgestempelt und isoliert. Auf der anderen Seite hatte sich der angebliche „Vordenker“ Brie durch eine z.T. dilettantische Organisation und schlechte Plakate im Bundestagswahlkampf sowie durch reaktionäre Äußerungen (die DDR sei in Teilen „totalitärer“ als das NS-Regime gewesen, hatte er verbreitet und damit nicht nur Kampfbegriffe der politischen Rechten aus der Zeit des Kalten Krieges umstandslos übernommen, sondern auch Tendenzen der Beschönigung des NS-Regimes in die Hände gearbeitet) erbitterte Gegner in der Partei geschaffen. Die Diskussion um Platz 2 war kurz und heftig: Lothar Bisky trat als erster auf und bat Hans Modrow, für Platz 4 zu kandidieren. Der überließ als nächster Redner die Entscheidung dem Parteitag. André Brie teilte dann seine Kandidatur mit. Da Hans



hierarchien in Unternehmen und im öffentlichen Dienst zementiert, wurde dabei nicht thematisiert.

- In der Agrarpolitik trat ein Grundsatzkonflikt auf: Soll Agrarpolitik diskutiert und entschieden werden vom Standpunkt ökologisch interessierter Verbraucher oder vom Standpunkt bürgerlicher Produzenten? Der Parteitag entschied mit großer Mehrheit für letzteres.
- In der Diskussion um die kurdische Frage schließlich wurde die Erstfassung des Wahlprogramms, in der nur von der „Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte der Kurden“ und einer „politische(n) Lösung der Kurdenfrage“ die Rede war, ergänzt um die Forderungen nach Achtung des Selbstbestimmungsrechts, Einstellung des Vernichtungskriegs und Unterstützung der Forderung des Europaparlaments nach einer inter-



Die 23jährige Kurdin Felek Uca hatte schon bei der Bundestagswahl 1998 auf der Liste der PDS in Niedersachsen kandidiert und war dabei auch von kurdischer Seite stark unterstützt worden. Bild aus Özgür Politika, 1.8.98

Modrow trotz z.T. lautstarker Aufrufe nicht kandidierte, war die Sache entschieden. Trotzdem gab es Gegenkandidaten gegen Brie, u.a. den früheren Brandenburger Landesvorsitzenden Helmut Markov. Bei der Wahl erreichte Brie nur 214 Stimmen, knapp 60% der Delegierten gaben ihm ihre Stimme.

Auf Platz 3 setzte sich die Brandenburger Agrarpolitikern mit LPG-Erfahrung, Christel Fiebiger, gegen starke Konkurrenz (die Ex-Grüne Dorothee Piermont, Monika Runge aus Sachsen und Brigitte Triems vom Demokratischen Frauenbund) durch. Auf Platz 4 wurde dann Hans Modrow mit 293 Stimmen, das waren fast 80% der Stimmen, gegen mehrere Gegenkandidaten gewählt.

Platz 5 entschied die 23jährige Kurdin Felek Uca aus Niedersachsen für sich: mit 195 Stimmen siegte sie in der Stichwahl gegen Dorothee Piermont. Offensichtlich

war, der Parteitag wünschte auch ein personelles Signal, das kurdische Anliegen bei der PDS wohlwollend gefördert werden. Platz 6 gewann der Brandenburger Ex-Landesvorsitzende Helmut Markov. Der Leiter eines kleinen Unternehmens setzte sich gegen den vor einem Jahr aus der SPD wegen deren Jugoslawienpolitik ausgetretenen Andreas Wehr knapp durch. Wehr, lange Jahre Juso-Vorsitzender und im SPD-Landesvorstand Berlin, vielen in der Berliner PDS aus guter Zusammenarbeit in der Friedensbewegung bekannt, gewann Platz 8 hinter Brigitte Triems vom Demokratischen Frauenbund. Die mehrfach knapp unterlegene Ex-Grüne Dorothee Piermont gab an dieser Stelle entnervt auf: Die Partei wolle wohl keine West-Kandidatin, meinte sie. Das dürfte ein Irrtum sein. Zu viele Delegierte verbanden mit ihrer Person ein Verhalten, das immer dann ins Rampenlicht drängt, wenn Geld und Posten zu vergeben sind.

Eine letzte Entscheidung fiel bei den folgenden Listenplätzen. Leo Mayer, DKP-Mitglied aus München, der schon vor 5 Jahren für die PDS zum Europaparlament kandidiert hatte, wollte erneut kandidieren. Das Tagungspräsidium wollte ihm das Recht auf Kandidatur verweigern: Die Beschlüsse gegen Doppelmitgliedschaften und gegen „Parteienbündnisse“ bei Wahlen ließen seine Kandidatur nicht zu, hieß es. Nach kurzer, heftiger Intervention aus Bayern, von der KPF und anderen beriet sich die Tagungsleitung, um schließlich mitzuteilen: Leo Mayer dürfe kandidieren, die Versammlung möge aber den Beschuß früherer Parteitage, die PDS wolle „in erster Linie“ mit eigenen Kandidaturen auftreten, bei ihrem Votum beachten. Die folgende Wahl Leo Mayers auf Platz 12 der PDS-Liste signalisiert, daß viele Delegierte mit den als „Antikommunistenbeschlüsse“ eingestuften Entscheidungen früherer Parteitage gegen eine sachliche Zusammenarbeit mit der DKP nicht mehr einverstanden sind. har, rül

Internationale Arbeitskonferenz „Befreiung oder Befreiung? – Perspektiven internationaler Solidarität“, 1.- 5.4.1999 in Berlin, Deutschland

Perspektiven internationaler Solidarität

für die Freiheit der politischen Gefangenen weltweit

„Wieviele Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen werden heute mit Genickschuß auf den Müllkippen gefunden? In welchem Land werden die Folterer bestraft, die Tausende Oppositionelle an die Elektroden anschlossen? Wieviele Journalisten und Journalistinnen gelten als ‚verschwunden‘? Wo werden die, die für Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen, nicht als ‚Terroristen‘, ‚Terroristinnen‘ denunziert und eingekerkert? Wieviele politische Gefangene gibt es heute – im Jahr der Menschenrechte? Und die internationale Öffentlichkeit, was erfährt sie davon, was will sie davon wissen?“ So heißt es im Aufruf für die Konferenz, die Anfang April in Berlin stattfinden wird und zu der sich aus vielen Ländern Organisationen und Personen angemeldet haben, die zum Teil seit Jahren und Jahrzehnten die Öffentlichkeit über Menschenrechtsverbrechen und die Lage politischer Gefangener informieren und für ihre Freiheit eintreten. Für die internationale Vernetzung dieser Bestrebungen tritt in der BRD seit langem vor allem Libertad! ein, die neben anderen zu den Organisatorinnen dieser Konferenz gehört. Wir dokumentieren das Konferenzprogramm. scc

Wie ist die Lage politischer Gefangener? In jenem oder diesem Land, unter einem militärischen oder einem demokratischen Regime? Als gefolterte Gewerkschafter/in, „verschwundene“ Aktivist/-in einer Basisgruppe oder gefangene/r Angehörige/r einer bewaffnet kämpfenden Widerstandsgruppe? Welche Kämpfe führen sie und wie können sie unterstützt werden? Welche Forderungen stellen sich, wie kann zusammenarbeitet werden? Was sind die Erfahrungen der Solidarität und welche Perspektiven lassen sich entwickeln?

Über das Schicksal Verfolgter, „Verschwundener“ und politischer Gefangenen zu sprechen, verlangt auch, über die Gründe ihres Kampfes, über die Ursachen gesellschaftlicher Unterdrückung, die Möglichkeit der Gegenwehr und der Befreiung zu diskutieren.

Dabei ist die unterschiedliche Situation von Gefangenen zu berücksichtigen. Die gegebenen Machtverhältnisse drücken sich heute zunehmend – wie beispielsweise in Palästina, Nordirland, Baskenland... – in Dialogangeboten, Verhandlungen und Friedensverträgen aus. In der Türkei und Kurdistan, Kolumbien und Mexiko dagegen im offenen und verdeckten Krieg.

Spezifisch ist die Lage politischen Ge-

Bundesliste der PDS zu den Wahlen zum Europaparlament 1999

1. Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, Berlin, 44 Jahre, Japanologin, Stellvertretende PDS-Bundesvorsitzende
2. Dr. André Brie, 49 Jahre, Politikwissenschaftler Leiter des Wahlbüros der PDS
3. Christel Fiebiger, Brandenburg, 52 Jahre, Diplom-Argraringenieurökonomin, Mitglied des Landtages Brandenburg
4. Dr. Hans Modrow, Berlin, 71 Jahre, Ehrenvorsitzender der PDS
5. Feleknas Uca, Niedersachsen, 23 Jahre, Arzthelferin
6. Dr. Helmuth Markov, Brandenburg, 46 Jahre, Elektroingenieur, Mitglied des Landtages Brandenburg
7. Brigitte Triems, Berlin

- 58 Jahre, parteilos, Dolmetscherin, Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes e.V.
8. Andreas Wehr, Berlin, 44 Jahre, parteilos, Leiter der Dienststelle Berlin des Europabeauftragten des Senats von Berlin
9. Dr. Monika Runge, Sachsen, 48 Jahre, Philosophin Mitglied des Sächsischen Landtags
10. Keith Barlow, Sachsen, 41 Jahre, britischer Staatsbürger, Europapolitischer Sprecher der PDS Leipzig
11. Anna Maria Morciano, Nordrhein-Westfalen, 21 Jahre, italienische Staatsbürgerin, Kinderpflegerin
12. Leo Mayer, Bayern, 49 Jahre, Elektroingenieur, DKP, Betriebsrat Siemens München
13. Dr. Hannelis Schulte, Baden-Württemberg, 78 Jahre, Theologin
14. Dr. Wolfgang Bierstedt, Sachsen-Anhalt, 47 Jahre, Informatiker, 1994-1998 Mitglied des Deutschen Bundestages

fangener in „demokratischen Übergängen“ der ehemaligen Militärdiktaturen Südamerikas (Chile, Argentinien), in Südkorea und den Philippinen. Gleches gilt für die Industriemetropolen USA, Italien und der BRD nach dem vorläufigen Ende bewaffneter Fundamentalopposition.

Der Kampf um gesellschaftliche Emanzipation wird oftmals abgekoppelt von einer Auseinandersetzung mit der auch widersprüchlichen Politik und Geschichte der Linken. Zu ihr gehören vielfältigste Protest- und Widerstandsaktionen, bewaffnete Rebellionen und Kämpfe. Im „Süden“ wie in den westlichen Metropolen. Dies anzuerkennen, verlangt nicht die Zustimmung zu allen Aktionen und Taten, aber es verlangt, historische Aufbrüche als das zu respektieren, was sie waren und sind: Befreiungsversuche der Vernunft aus der Brutalität und Unvernunft kapitalistischer Weltverhältnisse. Weil diese Verhältnisse nach wie vor die Herrschenden sind, sitzen überall auf der Welt Menschen, die sich gegen sie erhoben haben, in den Gefängnissen der Macht.

Schnelle Antworten und leichte Lösung sind nicht zu erwarten, zu unterschiedlich scheinen die gesellschaftlichen Bedingungen politischer Bewegungen und ihre Zielsetzungen. Trotzdem ist eine Verständigung über eine mögliche internationale Zusammenarbeit und Koordination notwendig. Das ist das Hauptziel der Konferenz.

Zeitplan der Konferenz

Donnerstag, 1.4.99, ab 18.00 Uhr:
Eröffnungsveranstaltung der Teilnehmer und Teilnehmerinnen: Einführung, Grüßworte, Vorstellung, Musik

Freitag, 2.4.99:

9 – 10.30 h Kurzpodium:
Erfahrungen und Perspektiven internationaler Solidaritätsarbeit – Vorstellung der Arbeitsgruppen Vertreter/innen der Arbeitsgruppen zu Ausgangspunkten und Zielsetzungen.
11 – 12.30 h Arbeitsgruppen



Der Ort: Die Konferenz findet statt: Alte Feuerwache, Tagungshaus, Axel-Springer-Str. 40/41, 10969 Berlin – Kreuzberg

Die Anmeldung: Die Konferenz ist öffentlich, bedarf aber der rechtzeitigen schriftlichen Anmeldung (siehe Seite 17: Anmeldeformular) bis spätestens 15. 3. 1999
Konferenzbeitrag: Wir haben uns für einen dreigestaffelten Beitrag entschieden: 90 DM (sozial) – 120 DM (politisch) – 250 DM (real). Mit der Anmeldung muß der Beitrag überwiesen werden.

Information und Kontakt: Internationales Komitee, Konferenzbüro, Yorckstr. 59, D-10965 Berlin, Fax: 069-78899902, email: konferenz@libertad.de, Internet: http://www.libertad.de

Konto: Libertad, Kontonummer: 10215811, Ökobank (BLZ 50090100),

Spenden unter dem Stichwort „Konferenzspende“, Konferenzbeiträge unter dem Stichwort „Anmeldung“

Konferenzzeitung So oder So mit Berichten, Interviews und Texten zur Situation politischer Gefangener weltweit.: Bestellt Förderabos: Für 20 DM gibt's alle Ausgaben der Zeitung. Libertad!-Vertrieb: Falkstr. 74, 60487 Frankfurt

14 – 18 h Arbeitsgruppen

20 h öffentliche Veranstaltung, Humboldt-Universität Berlin, Kinosaal, Unter den Linden 6

„Ohne Gerechtigkeit kein Frieden – Menschenrechte und politische Gefangene in Demokratisierungs- und Friedensprozessen“

Samstag, 3.4.99:

9 – 10 h Kurzpodium

10.30 – 12.30 h Arbeitsgruppen

14 – 18 h Arbeitsgruppen

abends: Plenum, Plausch u.a.

Sonntag, 4.4.99:

9 – 12.30 h interne Veranstaltung:

Erfahrungen der internationalen Zusammenarbeit an der Frage der politischen Gefangenen – Angehörigengruppen und Solidaritätskomitees verschiedener Länder berichten aus ihrer internationalen Arbeit

14 – 18 h Arbeitsgruppen

abends: Plenum, Plausch u.a.

Montag, 5.4.99:

9 – 14 h Abschlußplenum der Konferenz

Berichte und Vorschläge aus den Arbeitsgruppen, Aussprache und Resümee der Konferenz, anschließend Pressekonferenz

19 h öffentliche Veranstaltung, Volksbühne am Rosa Luxemburg Platz

„Perspektiven internationaler Solidarität – Erfahrungen, Ergebnisse und Möglichkeiten internationaler Zusammenarbeit“

Themen, Arbeitsgruppen, Veranstaltungen

Die Tage der Konferenz haben jeweils einen thematischen Schwerpunkt. Dieses „Tagesthema“ soll in den Arbeitsgruppen, Plena und internen wie öffentli-

chen Veranstaltungen unter den jeweiligen Aspekten und Fragestellungen erörtert werden. Damit wir trotz der notwendigen Aufteilung eine gemeinsame Diskussion führen.

Die Themen: Freitag: Ausgangsbedingungen und Situation der eigenen Arbeit; Samstag: Befriedung oder Befreiung? Rückwirkung auf politische Gefangene und den Kampf für die Verwirklichung der Menschenrechte; Sonntag: Erfahrungen mit und Erwartungen an internationale Solidarität; Montag: Möglichkeiten internationaler Zusammenarbeit: Im Abschlußplenum Diskussion der Ergebnisse, Schlußfolgerungen und Vorschläge für gemeinsame Initiativen

Die Arbeitsgruppen:

AG 1: Politische Justiz und Verteidigung

AG 2: Verhaftet, verschleppt und „verschwunden“

AG 3: Frauen und Knast

AG 4: Menschenwürde, Widerstand und Organisierung in der Gefangenenschaft

AG 5: Staatliche Repression und Widerstand von unten

AG 6: Der Kampf um die Solidarität

Die Veranstaltungen:

Freitag, 20 Uhr, „Ohne Gerechtigkeit kein Frieden – Friedensprozesse und Demokratisierung“. Internationales Podium mit Aktivist/innen aus Kolumbien, Nord-Irland, Chile und Palästina. Humboldt-Universität, Kinosaal, Unter den Linden 6, Spendenbeitrag 10 DM

Sonntag, 19 Uhr, „Erfahrungen und Erwartungen internationaler Solidaritätsarbeit“. Internationales Podium mit Aktivist/innen aus Basis- und Befreiungsprozessen, Ausstellung und Konzert internationaler Künstler/innen. Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Eintritt 10 DM

Montag, 19 Uhr, „Perspektiven internationaler Solidarität“. Volksbühne

Ein Aufruf zur Mithilfe

Für das weltweite Treffen für die Freiheit politischer Gefangener in Berlin (1.-5.4.1999)

Unterstützt die Kampagne 1000x100

1000 Menschen geben jeweils 100 DM.
Als Zeichen der Solidarität, der Sympathie und Unterstützung
**Libertad!, Konto: 10215811,
Ökobank (BLZ 50090100)**

Verfolgung – Traumatisierung – Entschädigung

Unter diesem Thema hat am 27./28.2.99 in Hamburg ein Symposium über das gesellschaftliche Versagen gegenüber den NS-Opfern stattgefunden. Die gut 100 Teilnehmer hörten mit großer mitführender Aufmerksamkeit die Vorträge von Betroffenen und Wissenschaftlern. Aufgrund verschiedener Entwicklungen ist das Thema der Entschädigung der vergessenen Opfer wieder auf die Tagesordnung gesetzt:

- Durch die Öffnung der Grenzen nach Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion und nach Abschluß des 2+4-Vertrages können die Interessen der etwa 1,5 Mio. Zwangsarbeiter aus diesen Ländern rein juristisch nicht mehr übersehen werden;
- durch die Entschädigungsforderungen von politisch Verfolgten aus der ehemaligen DDR, die von der Bundesregierung bereitwillig aufgegriffen wurden, um damit jegliche sozialistische Politik zu diffamieren;
- durch die Spätfolgen bei den Überlebenden des Holocaust, die nach einem äußerlich oft erfolgreichen Leben im Alter seelischen Zusammenbruch erleiden, überhaupt erst anfangen, über ihre schrecklichen Erfahrungen zu reden, viele auch zu schreiben, so daß eine umfangreiche Erinnerungsliteratur v.a. in Israel entsteht;
- durch die Auseinandersetzungen um die Wehrmachtsausstellung.

Die Veranstalter – Forschungsstelle Nationalsozialismus und Nachkriegsordnung Hamburg, Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes in Hamburg e.V. und umdenken, Politisches Bildungswerk der Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg – haben in Zusammenarbeit mit bzw. Unterstützung u. a. von GEW, Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur, Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste e.V., Auschwitzkomitee Hamburg, Bundesverband der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten, Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte, Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime, Jüdische Gemeinde Hamburg, Pax Christi, Schwulenverband in Deutschland, Stukenbroker Appell und VVN ein interessantes und lehrreiches und bewegendes Programm zusammengestellt (die Vorträge sollen veröffentlicht werden).

Die Teilnehmer aus allen diesen und noch anderen politischen Gruppen waren sich über die wesentlichen Punkte einig:

- Es muß Schluß sein mit der bisherigen und fortwährenden Entschädigungspolitik, die ausschließlich unter außenpolitischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten und dann immer so wenig wie irgend möglich bezahlt hat; die-

ser Vorrang der Konzerne und des Staates gegenüber Menschen huldigt faschistischem Gedankengut;

- die Opfer müssen anerkannt werden;
- die Opferverbände müssen in die Regelung von Entschädigungen einbezogen werden;
- die Entschädigungen müssen an die betroffenen Personen gehen, und es muß vor allem schnell gehen, weil sonst die Opfer vorher sterben, ehe sie etwas erhalten;
- aus den zu bildenden Entschädigungsfonds soll nichts abgezweigt werden für politische Bildung, was keineswegs heißt, daß die Auseinandersetzung mit der Geschichte unwesentlich sei, sie darf aber nicht auf Kosten der Opfer stattfinden.

Die große Zahl der Organisationen und die Übereinstimmung in den wesentlichen Punkten hat eine politische Kraft spürbar werden lassen, die über politische Aktivitäten im konkreten sich hätte entfalten können, aber genau darüber wurde nicht mehr diskutiert.

Dr. Beck von der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hat vom schwierigen Verhandlungsgeschäft berichtet, und ohne seine jahrelangen Aktivitäten zu dem Thema Entschädigung gäbe es sicher nicht den Gesetzentwurf zur Einrichtung einer Bundesstiftung „Entschädigung für NS-Zwangarbeit“. Er wurde kritisiert, weil die Entschädigungsleistungen zu niedrig seien, aber er hatte Recht mit dem Hinweis auf den Spaten in der Hand statt der Taube auf dem Dach.

Das Problem war ein anderes: Er war nicht in der Lage, einen Vorschlag zu machen, wie denn durch außerparlamentarische Aktionen seine Verhandlungsposition gegenüber der SPD gestärkt und das Verfahren beschleunigt werden könnte, wie die Auseinandersetzung mit reaktionären Strömungen in der Gesellschaft, die bis in die SPD hineinreichen, geführt werden könne. Diese halten das Kapitel Entschädigung für NS-Opfer mit 100 Mrd. für „abgeschlossen“. Wenn überhaupt noch Entschädigung, dann wegen der Sicherung der Interessen von Daimler in den USA, nicht wegen Menschen, die unter der Hitlerdiktatur schwer gelitten haben als Zwangsarbeiter. Die deutsche Industrieproduktion war 1945 auf dem Stand von 1939 eben wegen der Zwangsrekrutierung von Millionen von jungen Menschen, v.a. Männern, zur Sklavenarbeit für die Industrie, die Reichsbahn, die Kommunen und in der Landwirtschaft. Sie wurden auch aus Westeuropa geholt, 300:000 z.B. aus den Niederlanden.

Bis in die Kirchen reichen solche Stimmungen, die damit nichts mehr zu tun haben wollen und sich gegen die Entschädigungsforderungen wehren, als seien sie Opfer der Opfer. Gisela Wiese, stellv. Vorsitzende von Pax Christi, berichtete, daß sie im Zusammenhang mit der Wehrmachtsausstellung, die ja wieder nach Hamburg kommt, eine ökumenische Veranstaltungsreihe in evangelischen und



Häftlinge im KZ Dachau auf dem Weg zur Zwangsarbeit

katholischen Kirchengemeinden durchführen wollten, um die synodalen Beschlüsse der beiden Kirchen zu dem Thema zu diskutieren. Pastoren hätten wohl Interesse gezeigt, aber die Kirchenvorstände hätten allesamt – bis auf eine Kirche in Altona – abgelehnt, um ihre älteren Gemeindemitglieder, ehemalige Wehrmachtsangehörige, nicht vor den Kopf zu stoßen. Es ist zu befürchten, daß sich die parlamentarischen Aktivitäten zäh hinziehen werden, wenn die Auseinandersetzung nicht in der Öffentlichkeit geführt wird.

Angesichts des totalen bürokratischen Chaos – Zuständigkeiten sind ungeklärt, das internationale Rote Kreuz mit dem internationalen Suchdienst in Arolsen sitzt auf den Unterlagen und braucht 3 Jahre, bis eine offizielle Bescheinigung ausgestellt ist, wird es verschiedene Stiftungen von der Industrie und der Bundesregierung geben, so daß ein Zwangsarbeiter, der sowohl bei der Industrie als auch z.B. bei der Reichsbahn Sklavenarbeit leisten mußte, das Antragsverfahren doppelt über sich ergehen lassen muß, wie werden die willkürlich gesetzten Ausschlußfristen gehandhabt usw., es bedarf der Fachleute, Fachjuristen, um einigermaßen durchzublicken – kann ja Hilflosigkeit und Verzweiflung aufkommen, weil völlig unklar ist, was denn vernünftigerweise getan werden kann.

Von Frau Barbara Distel, Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau, wurde berichtet, daß sie täglich viele Briefe erhalten, wo ehemalige Zwangsarbeiter im KZ Dachau bzw. seinen vielen Außenstellen um eine Bescheinigung bitten und um Hilfe bei der Antragstellung, womit sie völlig überfordert seien. Bei der Befreiung dieses KZs waren 20 000 Russen dort. Sie waren nach ihrer Rückkehr in ihre Heimat als Überlebende eines KZs dem Verdacht der Kollaboration ausgesetzt und haben meist alle Unterlagen vernichtet, um sich vor weiterer Verfolgung zu schützen. Vielleicht sollten die interessierten Organisationen von solchen Briefen, die auch in anderen Gedenkstätten und bei anderen Organisationen ankommen, Kopien erhalten, wie auch von Berichten z.B. der 10-15 Überlebenden, die jährlich nach Dachau eingeladen werden, die aus tiefster Armut kommen und über den Reichtum in der BRD geschockt sind und die Verweigerung bzw. Verzögerung von Entschädigungszahlungen wie eine weitere Traumatisierung erleben. Zusammen mit den dokumentierten Vorträgen der Tagung könnte eine Öffentlichkeitsarbeit entwickelt werden.

Es muß ein Weg gefunden werden, der klar stellt, daß es um Menschen geht, deren schweres Schicksal anerkannt werden muß, wo dann das wenige, was als Entschädigung noch getan werden kann, nämlich ihnen ein Alter in Würde zu ermöglichen, schlicht getan wird.

sul

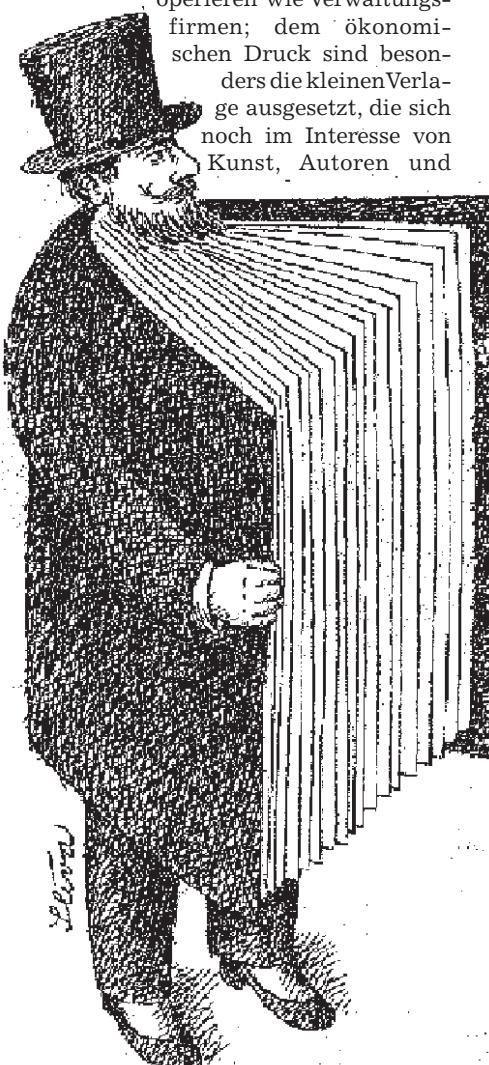
Ein Streifzug durch die Programme kleinerer Verlage

Neue Handbücher gegen die Zustände

Am Anfang der kapitalistischen Epoche steht bekanntermaßen die technologische Entwicklung von Reproduktionsverfahren wie insbesondere dem Buchdruck, die der Moderne die Gestalt der Schriftkultur verliehen haben. Die Literatur, sei es Sachliteratur oder die sogenannte Belletristik, bewegt sich wie keine andere Kunstform an der Schwelle zwischen der ökonomischen Produktionsordnung und dem ideologischen Überbau. Daß Schrift sich besser als Töne oder Farbe zur Verbreitung weltanschaulicher Ideale eignet, liegt ebenso auf der Hand wie die Tatsache, daß alle Wissenschaft sowie ihre populäre Verbreitung nur über ein entwickeltes Publikationswesen möglich sind. Unterhaltung oder Belehrung, Information oder ästhetischer Genuß erreichen uns heute über Bücher, die als kulturelle Werke wie selbstverständlich nach den Prinzipien der Warenlogik verteilt werden. Verlage operieren wie Verwaltungsfirmen; dem ökonomischen Druck sind besonders die kleinen Verlage ausgesetzt, die sich noch im Interesse von Kunst, Autoren und

Leserschaft wähnen. Büchermachen – also Schreiben, Verlegen, Drucken, auch Lesen und schließlich das Bücherhaben – ist heute ein eher wirtschaftlicher Akt denn ein künstlerischer. In keinem Bereich der Kultur dürfte sich die Warenlogik so rasch und aggressiv durchgesetzt haben. Folglich machen sich wirtschaftliche Krisentendenzen auch im Buchmarkt bemerkbar: Mehr und mehr konzentrieren sich die Verlage zu Kartellen; kleine Verlage, in denen eine schreibende Opposition noch eine Heimat findet, werden systematisch verdrängt; mit der Aufhebung von Preisbindung und tariflicher Unwegsamkeiten in Honorarfragen kontrollieren die großen Verlage auch die Autoren und damit schließlich das, was geschrieben und veröffentlicht wird. Grund genug für einen kleinen Streifzug durch die aktuellen Programme kleinerer Verlage.

Die politische Bedeutung der Theorie des französischen Sozialwissenschaftlers Pierre Bourdieu ist längst erkannt worden. Seine Begriffe »symbolisches« und »kulturelles Kapital« sind fast Schlagworte und markieren in einigen Kreisen das Ende der Theoriemüdigkeit in der politisch-wissenschaftlichen Auseinandersetzung um Gesellschaft. Zunehmend sind Bourdieus Schriften auch in deutschen Übersetzungen erhältlich; insbesondere der Hamburger VSA-Verlag hat wichtige, aber schwer zugängliche Aufsätze herausgegeben. In der Reihe »Schriften zu Politik & Kultur« ist nun der dritte Band veröffentlicht, der Beiträge von Bourdieu und seinen Mitarbeiterinnen beinhaltet und sich der Ideologie der »eigenen vier Wände« widmet; treffend wird dabei der Titel des berühmten Max Stirner Buches »Der Einzige und sein Eigentum« zu »Der Einzige und sein Eigenheim« variiert. Die Autoren weisen anhand empirischer Untersuchungen nach, daß die Formel »eigener Herd ist Goldes wert« nicht aufgeht, die Idylle und das Sicherheitsideal vom Eigenheim mitschaffen stimmt. Erkauft wird das privatistische Glück oftmals mit sozialer Isolation und längerfristigen finanziellen Sachzwängen. Gleichwohl ist aber zu erkennen, inwieweit die Ideologie vom Eigenheim in der kapitalistischen Gesellschaft ihre systemerhaltende Funktion erfüllt und einen wichtigen Baustein im Prozeß der Entsolidarisierung darstellt. Das Thema dient schließlich auch dazu, zentrale Begriffe der Bourdieuschen



Theorie wie »Habitus« und »Feld« bündig vorzustellen.
Pierre Bourdieu u.a., Der Einzige und sein Eigenheim (Schriften zu Politik & Kultur 3), VSA: Hamburg 1998, 206 S. brosch., 36.80 DM

Auch wenn Bourdieus Theorie maßgeblich von der Philosophie der symbolischen Formen Ernst Cassirers bestimmt ist, kann auch von einem Einfluß der Soziologie Georg Simmels gesprochen werden. Im Berliner Verlag Klaus Wagenbach ist nun eine gute Sammlung von Schlüsseltexten Simmels erschienen, eingeleitet von Jürgen Habermas, der Simmel zurecht einen »Zeitdiagnostiker« nennt; der – wie viele Bücher des Verlages – bibliophil aufgemachte Band bietet u.a. den bedeutungsvollen Text zur ›Tragödie der Kultur‹. Es gibt jedoch eben auch solche Texte, die Simmel als den zwar lebensphilosophisch verwandten, aber feinen Beobachter des Alltags seiner Zeit – er lebte von 1858 bis 1918 – zeigen: So war er einer der ersten, die sich dem neuen Massenphänomen der Mode zuwandten, oder überhaupt den Eigenarten des städtischen Lebens.

Georg Simmel, Philosophische Kultur. Über das Abenteuer, die Geschlechter und die Krise der Moderne. Gesammelte Essays, m. e. Vorw. v. Jürgen Habermas, Wagenbach-Verlag: Berlin 1998, 256 S. brosch., 24.80 DM

Weniger ein Diagnostiker, mehr ein Kritiker und auf seine Weise ein luzider Denker im gegenwärtigen philosophischen Betrieb ist der in Hannover lehrende Peter Bulthaup. Er hat das, was einmal unter dem Namen Frankfurter Schule firmierte, zu einem radikalen Werkzeug weiterentwickelt, welches er neben sozialphilosophischen Erwägungen hauptsächlich in der Wissenschaftstheorie und der naturwissenschaftlichen Lehren erprobte. Bislang nur verstreut zugängliche Texte sind jetzt in einem Sammelband bei zu Klampen erschienen; dazu gehört auch ein ›Offener Brief an den niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kunst‹, der hier zum Hineinlesen anempfohlen sei, zeigt er doch, was es heißt, die Verpflichtung der Universität auf Wissenschaftlichkeit konsequent zu machen. Nämliches Ministerium brachte 1977 zum heißen Herbst eine Erklärung heraus, die elf niedersächsische Hochschullehrer unter Druck von ihnen angebrochenen Disziplinarverfahren unterzeichneten – Bulthaup enthüllt die politische Absurdität dieser Terroristenbekämpfung durch Offenlegung logischer Fehler der Erklärung; und er widersetzt sich – ähnlich wie schon Sokrates sich verteidigte – mit strenger Argumentation, mit Kant und mit Schelling. Wie dieser Text tragen auch die anderen Texte des Sammelbandes eher den Charakter der Erinnerung; wer bisher vergeblich nach Arbeiten von Bulthaup suchte, dem sind sie nun im Überblick zugänglich. Vielleicht kein notwendiges

Buch, aber ein hinreichendes.

Peter Bulthaup, Das Gesetz der Befreiung. Und andere Texte, zu Klampen Verlag: Lüneburg 1998, 304 S., 48.00 DM

Bourdieu und Bulthaup – das sind, trotz der Differenzen zwischen beiden, Theoretiker, von denen die praktische Seite des Sich-Einmischiens kaum bekannt ist (seit der Radikalisierung der sozialen Kämpfe in Frankreich wird Bourdieu nun auch als Soziologe der Praxis rezipiert). Umgekehrte Fälle gibt es freilich; die PDS-Genossin Sahra Wagenknecht gehört dazu. Bei Pahl-Rugensteins liegen nunmehr zwei neuere Bücher von Wagenknecht vor, in denen sie sich einerseits als Theoretikerin des Marxismus zu erkennen gibt, andererseits als Agitatorin. – In der Tat ein Einerseits und Andererseits: während nämlich der Interviewband, der schon zur letzten Bundestagswahl erschien und dort Wahlkampfeinsatz hätte haben sollen, ganz und gar im Tonfall linker Stammtischdemagogik abgefaßt ist, behauptet sich die Untersuchung zum Marxschen Frühwerk als analytische Arbeit philosophischer Kritik. Doch die beiden Veröffentlichungen trennen – diskursive – Welten. Die Propagandaarbeit versteift sich auf eine, zwar kluge, aber bloß informierte Ansammlung von dem, was potentielle Adressaten dieser Schrift sowieso schon wissen. Man könnte dem pädagogisch abgewinnen, brauchbare Argumente gegen die allgemeine Dummheit zu finden, oder brauchbare Redeweisen, tauglich zum Abwürgen von Zufallsgesprächen, die sich heute am Arbeitsplatz, in der Schule, der Universität, beim Familienbesuch und in der Kneipe aufdrängen. Zu dem, was diesen wenigstens redlichen Interviewband theoretisch unterfüttert, zeigt sich ein schmaler Pfad zum Hegel-Marx-Buch Wagenknechts: Den stalinistischen Weltanschauungsmarxismus möchte sie wohl noch überbieten: galt dem der ›frühe‹ Marx als zu philosophisch, aber darin als Hegelkritiker ernst zu nehmen, so will Wagenknecht nun aufzeigen, daß eben diese Hegelkritik noch ganz im idealistischen Licht Feuerbachscher Anthropologie steht und ›gar nicht so materialistisch ist, wie sie auf den ersten Blick scheint‹. Daß genau diese Frage der Marxschen Hegelinterpretation mittlerweile mehrere marxistische Strömungen geprägt hat (und folglich Regale an Büchern füllt), vom Budapester Sonntagskreis über den Existentialismus bis zur Praxisgruppe und zum Strukturalismus, ignoriert die Autorin schlichtweg. Die materialistische Methodologie, die die Autorin beim ›späten‹ Marx sieht (welche in Marxscher Auseinandersetzung mit dem ›späten‹ Hegel reflektiert wird), bleibt ein Schatten. Wo Wagenknecht sie erhellt, bleibt sie der Leninschen Widerspiegelungstheorie verhaftet.

Sahra Wagenknecht, Vom Kopf auf die Füße? Zur Hegelkritik des jungen Marx oder das Problem einer dialektisch-materialisti-

schen Wissenschaftsmethode, Pahl-Rugenstein Verlag: Bonn 1997, 194 S. kt., 24,90 DM; Kapital, Crash, Krise ... Kein Ausweg in Sicht? Fragen an Sarah Wagenknecht, Pahl-Rugenstein Verlag: Bonn 1998, 170 S. br., 19,90 DM

Die Philosophie Wolfgang Fritz Haugs markiert den Gegenpol zu Wagenknechts Marxismusverständnis: Während sie den ›späten‹ Marx als geschlossenes System verteidigt, setzt Haug mit vielen anderen Autoren des Argument Verlages, wo auch seine Arbeiten erscheinen, auf einen pluralen Marxismus, der ein Theorie-Praxis-Feld eröffnen möchte, welches sich von den mexikanischen Revolutionären der EZLN bis zu den Gründen erstreckt, von Gramsci über den Feminismus bis Derrida. Gleichwohl bleibt natürlich die wichtige Gemeinsamkeit auch mit Wagenknecht darin, daß beide – wie ja auch die anderen hier rezensierten Autoren – ihre Arbeiten in humarer sozialistischer Orientierung verorten. Haug unternimmt mit der jetzt vorliegenden Aufsatzsammlung »Politisch richtig oder richtig politisch« einen weiteren Versuch, die philosophische Reflexion auf gegenwärtige Probleme des Politischen zu lenken, wie der Untertitel die Intention des Buches verrät: »Linke Politik im transnationalen High-Tech-Kapitalismus«. Im Zentrum stehen dabei Fragen der Globalisierung, des Neoliberalismus und die These vom ›Ende der Arbeit‹ und dem Versuch, ›Arbeit neu zu erfinden‹, ebenso wie die Problematisierung in Perspektive einer linken Theorie und Praxis von Rassismus oder Warenästhetik. – Bei allem Pluralismus kommen einige kritische Ansätze allerdings nicht vor; so fehlt eine Auseinandersetzung mit der Wertkritik, wie sie der Nürnberger Krisis-Zusammenhang entwickelt, obwohl dort ähnliche Fragestellung thematisiert werden; auch ist bei den von Holzkamp und Osterkamp beeinflußten Erwägungen zum Rassismus fraglich, ob Haug sich hinreichend zum Beispiel mit Positionen der antifaschistischen Jugend auseinandergesetzt hat. Ein streitbares Buch mithin; und es scheint selbst in Haugs pluralen Marxismus noch einen Platz zu geben. Der Argument-Verlag, für dessen Programm u.a. Wolfgang und Frigga Haug verantwortlich zeichnen, hat aber mit zahlreichen Publikationen und Zeitschriften immerhin schon skizziert, wie groß und geräumig dieser Pluralismus sein sollte – und sein kann, wenn aus ihm eine linke emanzipatorische Politik erwachsen soll. In Anlehnung an Brecht hat Haug dafür fast schon den Kampfruf formuliert: »Nicht auf die Widersprüche allein, sondern vor allem aufs Widersprechen richtet sich die Hoffnung.«

Wolfgang Fritz Haug, Politisch richtig oder Richtig politisch. Linke Politik im transnationalen High-Tech-Kapitalismus, Argument: Hamburg u. Berlin 1999, 220 S. brosch., 34,80 DM

rob



Verbrechen der Wehrmacht in Westeuropa

Beiträge aus der Veranstaltungsreihe zur Ausstellung
Vernichtungskrieg.
Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944

Inhalt: • Die Bekämpfung des Widerstandes durch die deutsche Militärverwaltung in Frankreich 1941-1944 • Wovon keiner wissen will: Deutsche Kriegsverbrechen gegenüber Italienern • Generalprobe für den Zweiten Weltkrieg: Die Wehrmacht im Spanischen Bürgerkrieg • Fliegerhorst Wunstorf, Gernika, Legion Condor und deutsche Traditionspflege • Militär in Münster“
38 Seiten DIN A4, DM 7,-

Verbrechen der Wehrmacht in Westeuropa

Beiträge aus der Veranstaltungsreihe zur Ausstellung

Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944

vom 8. November bis 20. Dezember 1998 in Hannover

Herausgegeben von:
Geschichtswerkstatt Hannover e.V., Zur Bettfedernfabrik 3, 30451 Hannover,
Tel/Fax: (05 11) 45 50 03

Bestellungen an:
GNN-Verlag, Neuer Kampf
25, 20359 Hamburg,
Tel. 040/43 18 88 20,
Fax: 040/43 18 88 21

38 Seiten, Einzelpreis DM 7
zzgl. Porto, Wiederverkäuferrabatt 30 Prozent

ADRESSEAUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50518 Köln, Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kampf 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20, Fax: 040 / 43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.:

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

Setkání-Wochenende

10./11. April 1999
in München

Samstag, 10. April 19 Uhr

Informationsveranstaltung

Lothringer Bierhalle, Lothringer Str. 10 (S-Bahnhof Rosenheimer Platz)

- Tobias Pflüger, Informationsstelle Militarisierung, Tübingen: NATO-Osterweiterung und neue NATO-Strategie
- Jan Šumavský, Vorsitzender der Tschechischen Friedensgesellschaft: die tschechische Friedensbewegung und der NATO-Beitritt

Sonntag, 11. April, 10 – 13 Uhr

Setkání-Treffen

- *Einführung:* Neue Entwicklungen im deutsch-tschechischen Verhältnis (Hunno Hochberger/Emil Hruška)
- Wie weiter mit der Erklärung „Das Münchner Abkommen von 1938 – eine Hypothek, die endlich getilgt werden muß“
- Deutsch-Tschechische Nachrichten: Autoren und Leser haben das Wort
- Postmark Prague, vorgestellt durch ein Mitglied der PP-Redaktion
- Arbeitsvorhaben 1999

Anmeldung bei: Setkání – Treffen deutscher und tschechischer Linker, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, Fax: 089-5028112. Bei rechtzeitiger Anmeldung bemühen wir uns auf Wunsch um kostenlose private Unterkünfte. Hiermit melde ich mich zum Setkání-Wochenende in München am 10./11. April 1999 an.

Name:

Straße/Hausnr.:

Wohnort:

Bitte organisiert mir eine kostenlose private Unterkunft.